



**Beteiligung der Öffentlichkeit für eine
sichere Umwelt**

Die Aarhus-Zentren

Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion: Ursula Froese

Gestaltung: Nona Reuter

Druck: Ferdinand Berger & Sohn

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:
oscemagazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6267

Fax: (+43-1) 514 36-6105

OSZE-Vorsitz 2011: Litauen

OSZE-Organe und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)

Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (Wien)

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und
Menschenrechte (Warschau)

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten
(Den Haag)

Parlamentarische Versammlung der OSZE
(Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku

OSZE-Büro in Eriwan

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden

Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die
Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

OSZE-Zentrum in Astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Büro in Minsk

OSZE-Mission in Moldau

OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

OSZE-Mission im Kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

OSZE-Mission in Serbien

OSZE-Mission in Skopje

OSZE-Büro in Zagreb

Aus dem Inhalt

- 3 Vertiefung von Partnerschaften – Interview mit Lamberto Zannier, Generalsekretär der OSZE
Virginie Coulloudon
- 6 Die Ausschüsse des Ständigen Rates – wo es in der OSZE zur Sache geht
- 8 Die Festlegung der Grenzen, die uns trennen
Jérôme Bouyjou
- 10 Engagement für Good Governance – Interview mit Goran Svilanović, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE
Ursula Froese
- 14 Dossier: die Aarhus-Zentren
 - 14 Wie alles anfang – Aarhus-Zentren und Aarhus-Konvention
Esra Buttari
 - 15 Ein weiterer Baustein auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung und einer grünen Wirtschaft
Ella Behlyarova
 - 16 Das Aarhus-Zentrum in Osch – für eine öffentliche Kontrolle der Folgen des Goldbergbaus
Kanybek Issabajew
 - 18 Das Netz der Aarhus-Zentren in Tadschikistan
Nargis Hamrabajewa
 - 19 Erstellung eines Schadstoffregisters – die Aarhus-Zentren in Kasachstan
Gulsara Jeskendirowa
 - 20 CASE – Civic Action for Security and Environment
 - 20 CASE in Aserbaidschan
Sara Achmadowa
 - 21 CASE in Armenien
William Hanlon und James McMordie
 - 23 Verbesserte Umweltverträglichkeitsprüfung – das Aarhus-Zentrum in Georgien
Tamar Guguschwili und Nino Gwasawa
 - 24 Entwicklung muss umweltverträglich bleiben – die Aarhus-Zentren in Albanien
Robert Mangham
 - 26 Nachbarn in der Region als Vorbild – Förderung der Aarhus-Konvention durch die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina
Alma Mirvić
 - 26 Aarhus-Zentren in Serbien – Partner lokaler Gebietskörperschaften
Olivera Zurovac-Kuzman, Srdjan Matović und Pavle Budinecević
- 28 Die OSZE-Mission in Serbien geht ins zweite Jahrzehnt
Ivana Jovanović und Milos Bulj
- 30 Neubestellungen

Titelbild: Kupfermine in Alaverdi (Armenien), Dezember 2010. Die OSZE setzt sich für eine verstärkte Zusammenarbeit in Bezug auf Umweltfolgen des Bergbaus und anderer Industrien ein. (ENVSEC/V. Mello)



Vertiefung von Partnerschaften

Interview mit
Lamberto Zannier,
Generalsekretär
der OSZE

Seit 1. Juli 2011 ist Lamberto Zannier neuer Generalsekretär der OSZE. Der hochrangige italienische Diplomat, Jurist und Fachmann für Sicherheitsfragen, ist kein Unbekannter in der OSZE. Von 2002 bis 2006 stand er an der Spitze des Konfliktverhütungszentrums und war damit unter anderem mit der Aufsicht über die OSZE-Feldoperationen in Südost- und Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien betraut. Vor seiner Rückkehr zur OSZE war er als UN-Sonderbeauftragter und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) im Einsatz.

„Ihre Prioritäten sind ab nun auch die meinen“, erklärte Botschafter Zannier den Delegierten der 56 Teilnehmerstaaten in seiner Rede am 4. Juli 2011. Darin skizzierte er seine Absicht, das politische Profil seiner Rolle zu stärken und das Sekretariat schlagkräftiger im Umgang mit neuen Sicherheitsfragen wie den grenzüberschreitenden Bedrohungen zu machen. Am 16. September 2011 führte er mit OSZE-Sprecherin Virginie Coulloudon das folgende Gespräch über seine Pläne und Visionen für die Organisation.

Virginie Coulloudon: Wie sehen Sie die Organisation heute, fünf Jahre, nachdem Sie sie verlassen haben?

Lamberto Zannier: Die Sicherheitslage als Ganzes hat sich insgesamt verändert und mit ihr die Organisation und ihre Interaktion mit anderen Organisationen. Einmal mehr hat die Organisation ihre Flexibilität und ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich auf Grundlage eines transparenten Dialogs und konstruktiver Diskussionen an neue Sicherheitsverhältnisse anzupassen, insbesondere durch den Korfu-Prozess, der den Sicherheitsgesprächen mehr Substanz gab. Die Herausforderungen im Sicherheitsbereich haben sich in den letzten zwanzig Jahren grundlegend gewandelt und werden das sicher auch in Zukunft tun – möglicherweise schneller und noch weniger vorhersehbar als bisher. Heute haben wir es mit ganz neuen Bedrohungen zu tun, deren Auswirkungen uns alle als Einzelpersonen, als Teilnehmerstaaten und als OSZE-Region betreffen.

Sie sprechen von Veränderung. Müssen wir uns verändern, um den neuen Sicherheitsherausforderungen gerecht zu werden? Wo sehen Sie da Ihre Rolle?

Die OSZE sollte sich auch weiterhin flexibel an im Fluss befindliche Gegebenheiten anpassen. Das heißt nicht,

dass wir uns von Grund auf reformieren müssen, sondern dass man sich unablässig darum bemühen sollte, mit den aktuellen Herausforderungen Schritt zu halten und dafür zu sorgen, dass die Strukturen immer den jeweiligen Erfordernissen entsprechen. So gesehen ist Veränderung für mich etwas Positives. Wir sollten dazu ermutigen, nicht als Selbstzweck, sondern um sicherzustellen, dass unsere Arbeitsweise dem derzeitigen Umfeld und unserer Fähigkeit, auf Herausforderungen zu reagieren, entspricht. Zugleich müssen wir darauf achten, dass wir nicht die Kernwerte und – prinzipien unterminieren, die das Fundament des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE bleiben müssen.

Was meine eigene Rolle anbelangt, so ist der Vorsitz der politische Motor der Organisation. Der Generalsekretär hat insofern eine unterstützende Funktion, als er dem Vorsitz dabei hilft, seine Ziele zu erreichen und den Dialogprozess direkt unterstützt. Er oder sie ist HüterIn der Kernwerte unserer Organisation und ein Schlüsselement für die Sicherstellung der operativen Kontinuität und der verlässlichen Umsetzung der Beschlüsse der Teilnehmerstaaten.

Ihre erste Rede vor dem Ständigen Rat galt der Darlegung Ihrer Prioritäten als Generalsekretär. Dabei nannten Sie an erster Stelle die Stärkung der Wirksamkeit der Organisation. Könnten Sie das etwas präzisieren?

Wenn wir den Sicherheitsherausforderungen von heute gerecht werden und die Teilnehmerstaaten maximal unterstützen wollen, müssen wir unsere Arbeitsverfahren nachjustieren. Organisationsintern gäbe es einige Elemente, die man im Hinblick auf die aktuellen Prioritäten der Organisation anders gestalten könnte. Wir müssen die Organisation besser rüsten, wenn wir uns mit grenzüberschreitenden Bedrohungen auseinandersetzen und dabei auch tatsächlich etwas bewirken wollen.

Sind denn grenzüberschreitende Bedrohungen DIE große Sicherheitsherausforderung unserer Zeit?

In einer zunehmend globalisierten Welt hat sich die Natur der Sicherheitsbedrohungen grundlegend geändert. Terrorismus, organisierte Kriminalität, Waffenschmuggel, Cyberkriminalität – sie alle sind Bedrohungen globaler Art, für die wir ein anderes Instrumentarium als bisher entwickeln müssen. Wir müssen herausfinden, wie wir den Ländern helfen können, gemeinsame Konzepte gegen diese Herausforderungen zu finden. Das tut jedoch der Bedeutung der OSZE in anderen Bereichen keinen Abbruch. Nach wie vor muss unser Hauptaugenmerk den Langzeitkonflikten gelten, wo es uns zwar vielfach gelungen ist, ein Wiederaufflammen von Konflikten zu verhindern, unsere Fortschritte in Bezug auf dauerhafte Lösungen jedoch leider sehr begrenzt waren. Wir müssen auch an der Stärkung der demokratischen Entwicklungen in unseren Teilnehmerstaaten weiterarbeiten, indem wir in allen drei Dimensionen der Sicherheit Unterstützung leisten.

Als Ihre zweite Priorität nannten Sie die verstärkte Wahrnehmung der Organisation in der Öffentlichkeit.

Die OSZE ist eine in vielerlei Hinsicht einzigartige Organisation, doch machten wir immer wieder die Erfahrung, dass wir uns selbst nur schlecht vermarkten, zum Teil auch deshalb, weil unsere Arbeit im Bereich der Konfliktverhütung nicht immer im sichtbaren Bereich liegt. In der Welt von heute ist der zentrale Punkt, dass es gelingt, uns deutlicher zu profilieren und unsere Stärken sichtbar zu machen. Wir müssen besser kommunizieren, wie die Organisation arbeitet und wie wir dazu beitragen können, den Menschen bessere Lebensbedingungen und mehr Sicherheit zu geben – wodurch wir also Mehrwert schaffen. Wir müssen uns aber auch bemühen, wieder in der Zivilgesellschaft präsent zu sein, damit die allgemeine Öffentlichkeit angesichts der Sicherheitsherausforderungen von heute unsere Bedeutung und unseren Wert zu schätzen weiß.

Ein weiterer Grund, weshalb wir die Wahrnehmung der OSZE verbessern müssen, ist ihre Verpflichtung zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft. In Astana gaben die Staatschefs der Gedenkerklärung den Titel „Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“. Damit wurde das Augenmerk auf die Notwendigkeit gerichtet, eine Sicherheitsgemeinschaft aufzubauen, eine Staatengemeinschaft der nördlichen Hemisphäre, die gemeinsam die Rahmenbedingungen für Sicherheit für alle herstellt und zwar durch Konfliktverhütung und politischen Dialog, den Aufbau demokratischer Institutionen, die Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die OSZE arbeitet im Dienste der Menschen, Staaten und der gesamten Region in allen drei Sicherheitsdimensionen. Diese Interaktion und dieser Geist der Zusammenarbeit müssen lebendig bleiben und dynamisch erhalten werden.

Wie könnte Ihrer Meinung nach die Organisation in zehn Jahren aussehen?

Ich bin davon überzeugt, dass die OSZE auch in zehn Jahren wichtig und notwendig sein wird. Die Organisation verfügt über ein Anpassungsvermögen, das seinesgleichen sucht; sie war vor 35 Jahren in Helsinki, vor 20 Jahren in Paris, vor 12 Jahren in Istanbul und vor einem Jahr in Astana auf immer neue Weise wichtig. Das Dialogforum, das wir darstellen, wird heute gebraucht und wir sicher auch noch in zehn Jahren gebraucht werden.

Wir bewirken aber auch Dinge vor Ort. Das habe ich im Kosovo gesehen, als ich für die Vereinten Nationen im Einsatz war. Dort arbeitet die OSZE mit der örtlichen Bevölkerung zusammen und leitet die Menschen zur Zusammenarbeit nach einem tragischen Konflikt an. Oder nehmen Sie das Beispiel Kroatien, wo die OSZE in den letzten Jahren eine äußerst positive Rolle spielte, indem sie den Aufbau von Kapazitäten in der örtlichen rechtsprechenden Einrichtung für Kriegsverbrechen unterstützte oder bei

der Wohnraumbeschaffung für Binnenvertriebene behilflich war. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir den Menschen wirklich helfen konnten. Wir sollten auf die ganze Arbeit und Mühe dort und andernorts stolz sein. Die OSZE-Teilnehmerstaaten, unsere Feldoperationen und das Sekretariat haben Hand in Hand mit den Menschen in den Ländern, in denen wir tätig sind, schwierige Übergangsprozesse unterstützt. Wir müssen aber auch die Diskussion darüber führen, auf welche Weise wir mit der Zeit gehen und das Instrumentarium entwickeln sollten, damit die Organisation auch weiterhin ihre wichtige Arbeit vor Ort möglichst effizient und effektiv leisten kann.

Partnerschaften und Zusammenarbeit scheinen in Ihren Augen ausschlaggebend zu sein.

In der internationalen Gemeinschaft ist für die OSZE nach wie vor die Zusammenarbeit mit Schlüsselpartnern unverzichtbar. Als jemand, der von den Vereinten Nationen kommt, halte ich es für wichtig, dass die OSZE als regionale Organisation im Sinne von Kapitel VIII ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen verstärkt. Mir ist es wirklich ein Anliegen, diesen Aspekt der OSZE zu stärken. Auch Partnerschaften mit anderen Organisationen sind wegen der globaler werdenden Sicherheitsherausforderungen unerlässlich, nicht zuletzt weil sich Entwicklungen in Nachbarregionen auf die Sicherheit der von der OSZE vertretenen Region auswirken können. So befassen wir uns zum Beispiel neuerdings mit den Entwicklungen in Nordafrika oder in Afghanistan, weil sie die europäische Sicherheit beeinflussen können. Hier liegt eine mögliche Rolle der OSZE, indem sie den einzelnen Partnern ihre Erfahrungen und Best Practices weitergibt und auf deren Ersuchen Hilfestellung bietet, wenn unsere Teilnehmerstaaten beschließen, dem Ersuchen Folge zu leisten. Damit es

aber dazu kommt, sind entsprechende Partnerschaften mit anderen regionalen Organisationen wichtig, wie beispielsweise mit der Arabischen Liga oder der Afrikanischen Union. Und das sollte so weit wie möglich eng mit den Vereinten Nationen abgestimmt sein. Wir arbeiten niemals für uns alleine und sollten daher unseren kooperativen Ansatz beibehalten und sogar noch weiter entwickeln.

Kooperation ist fester Bestandteil der OSZE. Indem wir uns austauschen und einander gegenseitig helfen, leisten wir positive Arbeit. Sicherheit ist für uns Zusammenarbeit durch Vertrauensbildung und die Schaffung von Mechanismen für gegenseitige Hilfestellung und Austausch. Aus meiner Sicht macht genau das die OSZE aus: Sicherheit durch Zusammenarbeit.

Wenn Sie sich für Ihre Zeit als Generalsekretär etwas wünschen dürften – was wäre das?

Dass wir bei der Konfliktlösung konkrete Fortschritte machen. In der Zusammenarbeit mit den Teilnehmerstaaten wünsche ich mir, dass wir auf dem Weg zu einem stabileren und friedlicheren Umfeld für unsere Arbeit vorankommen. Das wird letztendlich zu dauerhaftem Frieden und Wohlstand und bleibender Freiheit für alle Menschen in unserer Region führen. Doch dafür müssen wir auf die Mitwirkung aller zählen können. Die einzelnen Länder können unterschiedliche Funktionen übernehmen, sie können dabei von unterschiedlichen Standpunkten ausgehen. Das macht den Reichtum der OSZE als wirklicher Sicherheitsgemeinschaft aus, in der jeder eine Rolle spielt und jeder die Chance hat, etwas zur Stärkung unserer gemeinsamen Sicherheit beizutragen.



OSZE Generalsekretär Lamberto Zannier bei einem Treffen mit seinen Mitarbeitern am 15. September 2011 im OSZE Sekretariat in Wien. Links: Virginie Coulloudon, OSZE Sprecherin. Rechts: Ian Mitchell, Leiter Externe Zusammenarbeit. (OSZE/Jonathan Perfect)

Die Ausschüsse des Ständigen Rates – wo es in der OSZE zur Sache geht

Montag, 10 Uhr Vormittag in der Wiener Hofburg. Die OSZE-Delegierten nehmen ihre Plätze am Tisch im Plenarsaal für eine weitere Runde der allmonatlichen Diskussionen im Sicherheitsausschuss ein. Für Außenstehende könnte die anspruchsvolle Bezeichnung der Zusammenkunft irreführend sein. Denn nicht in diesem Gremium werden die Beschlüsse der OSZE an ihrem Wiener Amtssitz gefasst, sondern in den wöchentlichen Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation.

Der Sicherheitsausschuss, der Wirtschafts- und Umweltausschuss und der Ausschuss für die menschliche Dimension wurden analog zu den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE Ende 2006 als informelle nachgeordnete Gremien des Ständigen Rates eingerichtet. Unter der Leitung eines vom jeweiligen OSZE-Vorsitz ernannten Vorsitzenden „erörtern“ und „behandeln“ die an ihren Sitzungen teilnehmenden Delegierten Themen der OSZE-Agenda. Sie „unterstützen“ oder „empfehlen“ Vorschläge und Strategien. Aber wie so oft in multilateralen Angelegenheiten, ist es der informelle Charakter der Ausschüsse, der ihre Stärke ausmacht. Ihre Diskussionen nehmen häufig die endgültigen Beschlüsse der OSZE vorweg, die auf höherer Ebene – einschließlich vom jährlichen Ministerrat – getroffen werden.

DER SICHERHEITSAUSSCHUSS

Der Sicherheitsausschuss, dessen Vorsitz der deutsche Botschafter Heiner Horsten seit Anfang 2010 innehat, befasst sich mit nichtmilitärischen Aspekten der Sicherheit, mit Themen wie Polizeiarbeit, Grenzsicherheit oder Terrorismusbekämpfung. Seine Sitzungen erfüllen drei grundlegende Funktionen.

Einladung von Gastrednern von außerhalb der OSZE, die die Delegationen in Wien über weltweite Entwicklungen und OSZE-Partnerschaften mit anderen relevanten Akteuren auf dem Laufenden halten. Dieser Input von Außen ist für die OSZE von großer Bedeutung, da er den Dialog auf der internationalen Bühne fördert.

Zweitens werden durch die Diskussionen im Sicherheitsausschuss Standpunkte ausgelotet und die Delegationen bei der schrittweisen Konsensfindung für die Verabschiedung neuer Ministerratsbeschlüsse unterstützt. Naturgemäß findet dieser Prozess größtenteils in Beratungen außerhalb des Plenarsaals statt. Aber nur im Ausschuss werden die Delegierten aller 56 Teilnehmerstaaten regelmäßig auf Stand gebracht und können

schriftlich Vorschläge verabschiedungsreif machen. Zwischen allen Teilnehmerstaaten einer Organisation, die auf dem Konsensprinzip beruht, Transparenz herzustellen, ist eine wichtige Funktion des Ausschusses.

Drittens berichten das OSZE-Sekretariat, die OSZE-Institutionen und -Feldoperationen dem Ausschuss regelmäßig über ihre Aktivitäten. Die Delegierten erhalten so einen Überblick über die laufenden Bemühungen für die zukünftige Ausrichtung der OSZE.

GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Zu diesen regulären Aufgaben des Sicherheitsausschusses kam einen vierte hinzu: eine allgemeine strategische Überprüfung der OSZE-Aktivitäten im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen. In den letzten Jahren war immer eindringlicher zu vernehmen, die OSZE könnte mit ihrem dimensionsübergreifenden Sicherheitskonzept und ihrer geografischen Spannweite einen gezielteren Beitrag zur Bekämpfung von Bedrohungen wie Terrorismus, Drogenhandel, illegale Migration und andere organisierte Verbrechen leisten. Auf dem Gipfeltreffen in Astana wurde diese Forderung folgendermaßen auf den Punkt gebracht: in der Auseinandersetzung mit neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen zu einer größeren Einigkeit des Willens und Handelns zu finden.

Diese strategische Überprüfung, die von Anfang an auf den Sicherheitsausschuss abgestellt war, stärkt die Arbeit dieses informellen Gremiums und die Rolle seines Vorsitzes. Der Ausschuss bewertete die im Bericht des Generalsekretärs 2010 enthaltenen Empfehlungen zu grenzüberschreitenden Bedrohungen und nahm in seine Erörterungen wichtige neue Themen einschließlich Internetsicherheit und die verstärkte Koordination und Kohärenz der Programme auf. In diesem Jahr sind die Delegierten damit beschäftigt, ihre Schlussfolgerungen in neue Entwürfe für Mandate und Programme umzusetzen und Mittel und Wege für eine entsprechende Anpassung der aktuellen Kapazitäten der OSZE zu suchen.

DER WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss, derzeit unter dem Vorsitz des ukrainischen Botschafters Ihor Prokopchuk, erörtert Themen der zweiten Dimension und bereitet auch die alljährlichen Treffen des OSZE-Wirtschafts- und Umweltforums vor. Das Arbeitsprogramm für dieses Jahr wurde von den



Ergebnissen des Gipfeltreffens von Astana 2010 und den intensiven Diskussionen im Vorfeld bestimmt, die der litauische Vorsitz als Prioritäten übernahm.

Die Definition der Rolle der OSZE im Energiesicherheitsdialog ist ein weiterer wichtiger Arbeitsschwerpunkt. Bei einer themenspezifischen Sitzung des Ausschusses im Mai wurden der einschlägige Bericht des Generalsekretärs an den Ständigen Rat vom März sowie andere von den Delegation eingebrachte Vorschläge erörtert. Die Diskussionen zeigten, dass es alle Delegationen als notwendig erachten, die Rolle der OSZE als Dialogforum für die Herausforderungen im Bereich der Energiesicherheit, die kein Land für sich allein bewältigen kann, zu stärken. Weiters erachten es alle als notwendig, ihre Erwartungen an die Organisation klar zu definieren.

Weitere Themen in diesem Jahr waren die Migrationssteuerung und Good Governance. Der Vorschlag des designierten OSZE-Vorsitzes Irland, Good Governance zum Thema des nächstjährigen Wirtschafts- und Umweltforums zu machen, fand im Ausschuss breite Zustimmung.

Die Erörterungen über nachhaltige Verkehrsentwicklung, eines der Themen des Forums in diesem Jahr, könnten in einen entsprechenden Beschluss für den Ministerrat zu Jahresende münden, ebenso wie die Pläne für die Stärkung der vertrauensbildenden Rolle der Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE.

Der Ausschuss befasst sich auch mit der wichtigen und grundlegenden Frage, wie das häufig zitierte „unausgeschöpfte Potenzial der zweiten Dimension“ genutzt werden könnte. Der Vorsitzende des Ausschusses erarbeitete mit Unterstützung einer Freundesgruppe einen Vorschlag für einen Beschlusswurf des Ständigen Rates, der zurzeit im Ausschuss diskutiert wird. Sollte er verabschiedet werden, wird dieser Beschluss die erzielten Fortschritte festschreiben und die Arbeit in der zweiten Dimension aktueller gestalten.

Dieses Jahr werden die Teilnehmerstaaten auch Gelegenheit haben, die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE im Rahmen einer neuen Veranstaltung, dem für 17. bis 19. Oktober in Wien anberaumten Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension, zu beurteilen. Der Ausschuss erarbeitete das Mandat und die organisatorischen Modalitäten dieses neuen Überprüfungsmechanismus zur Annahme durch den Ständigen Rat.

DER AUSSCHUSS FÜR DIE MENSCHLICHE DIMENSION

Botschafter Thomas Greminger aus der Schweiz, seit diesem Jahr Vorsitzender des Ausschusses für die menschliche Dimension, nahm frühzeitig Konsultationen mit den Teilnehmerstaaten auf. Sein Ziel war die Ausarbeitung eines ehrgeizigen aber ausgewogenen Arbeitsprogramms, das Vertrauen fördern, konkrete Ergebnisse zeitigen und Zeit und Ressourcen effizient

nützen sollte.

Seit Jahresbeginn hält sich der Ausschuss an eine strukturierte Agenda: Auf die Diskussion des Hauptthemas folgen die Vor- und Nachbearbeitung von Veranstaltungen zur menschlichen Dimension sowie fakultative Berichte der Teilnehmerstaaten und Unterrichtungen der Durchführungsorgane der OSZE.

Nach sechs Monaten kann der Ausschuss heute auf interessante Entwicklungen zurückblicken. Bei den ersten sechs Sitzungen des Ausschusses erstatteten 15 Teilnehmerstaaten freiwillig Bericht über ihre Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension. Moldau, Österreich und die Niederlande beschrieben ihre Maßnahmen im Anschluss an die Berichte des BDIMR über ihre Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen. Kanada, Polen, Kroatien und Georgien stellten bewährte Praktiken in den Bereichen Multikulturalismus und Vielfalt, Verhütung von Hassverbrechen, Strafrechtsreform und Medienfreiheit vor.

Auch die Unterrichtung durch verschiedene OSZE-Durchführungsorgane war erhellend. Janez Lenarčič, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), berichtete über die Erfahrungen des BDIMR in der Beobachtung von über 230 Wahlen. Roland Bless, Erster Berater der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, gab einen umfassenden Überblick über die Lage der Medienfreiheit. BDIMR-Experten hielten Referate über die Verhütung von Folter und über die Kiew-Empfehlungen über die Unabhängigkeit der Judikative. Das OSZE-Büro in Tadschikistan stellte einen Plan für die Vor- und Nachbereitung von OSZE-Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension vor, der zu einer bewährten Praxis werden könnte.

Eine Halbjahresüberprüfung der Arbeit in der menschlichen Dimension könnte bestätigen, dass es gelungen ist, sich auf wesentliche Fragen zu konzentrieren. Relativ wenig Zeit wurde für die Aushandlung formeller Beschlüsse des Ständigen Rates betreffend Veranstaltungen in der menschlichen Dimension aufgewendet.

Die Arbeit in allen drei Ausschüssen wird von einem bemerkenswerten Teamgeist, weitgehender Übereinstimmung über strategische Ziele und einer Kultur des offenen Meinungsaustausches getragen. So überrascht es kaum, dass manche Mitglieder es bedauern, nicht öfter zusammenzukommen. Einige würden sogar behaupten, das Herz der Organisation schlage in den Ausschüssen am stärksten.

Dieser Artikel basiert auf Beiträgen von Botschafter Heiner Horsten, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses, Botschafter Ihor Prokopchuk, Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses, und Botschafter Thomas Greminger, Vorsitzender des Ausschusses für die menschlichen Dimension.





Die Festlegung der Grenzen, die uns trennen

von Jérôme Bouyjou

Als Staatsbürger zur Grenzziehung zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE befragt, würden die meisten von uns wahrscheinlich sagen, dass dies in der heutigen Zeit – abgesehen von den wenigen bekannten Streitfällen – doch kein Thema sei. Tatsächlich gibt es jedoch zahlreiche ungelöste territoriale Fragen in der Region. Einige sind das Ergebnis neuer, durch den Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion entstandener internationaler Grenzen. Andere sind auf geografische Veränderungen, wie zum Beispiel den geänderten Verlauf eines Grenzflusses, zurückzuführen. Es kommt auch vor, dass Beschreibungen in einem Vertrag oder Landkarten nicht mit den Verhältnissen vor Ort übereinstimmen.

Dies führt uns zu einer zweiten weit verbreiteten Fehleinschätzung, dass nämlich das Ziehen der Grenze auf der Landkarte und vor Ort ein einfacher, rein technischer Vorgang sei, haben sich zwei Staaten erst einmal über die Aufteilung eines Gebiets geeinigt. In Wirklichkeit ist es eine komplexe Angelegenheit mit vielen politischen Fußangeln.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten verabschiedeten 2005 ein gemeinsames Konzept für Grenzsicherung und -management mit der politischen Vision offenerer und sichererer Grenzen in einem freien, demokratischen und integrierteren OSZE-Gebiet. Seither hat das Grenzteam des Konfliktverhütungszentrums ein umfassendes Unterstützungsprogramm für die Verwirklichung dieser Vision erarbeitet. Aber die Zeit und neuerliche Unsicherheiten sowie langjährige Differenzen über den tatsächlichen Grenzverlauf stellten sich in den Weg.

Auf Ersuchen des litauischen Vorsitzes hat das Grenzteam am 31. Mai und 1. Juni 2011 in Wilna ein Seminar zum Thema „Anwendungsbezogene Fragen der Methoden zur Festlegung und Demarkation internationaler Landgrenzen“ veranstaltet. In den wissenschaftlichen und Expertenreferaten wurden Grenzbeamten, Rechtsanwälten und Diplomaten aus 20 Teilnehmerstaaten eine ganze Reihe an Beispielen und Methoden der Grenzziehung sowie

Möglichkeiten technischer Unterstützung vorgestellt. Und Vertreter von Nachbarländern hatten am Rande der Tagung die Möglichkeit zum Austausch – auch das ein nicht unwesentlicher Aspekt. Dabei ging es um einen integrativen Ansatz bei der Festlegung der Grenzen, die uns trennen.

EIN KOMPLEXER PROZESS

Die Grenze zwischen zwei Staaten muss einvernehmlich festgelegt werden. Diese Aufgabe nennen Grenzexperten Grenzfestlegung oder Demarkation. Sie erfolgt durch Verhandlungen zwischen den Staaten und sollte im Idealfall möglichst eindeutig sein. Auf die Festlegung der Grenze folgt üblicherweise deren Markierung, die physische Kennzeichnung der vereinbarten Grenzlinie vor Ort, üblicherweise anhand von in bestimmten Abständen angebrachten Grenzmarkierungen aus Zement oder Metall. Grenzziehung und Demarkation bedingen einander. Die Experten in Wilna waren sich darüber einig, dass viele Spannungen vermeidbar sind, wenn politische Verhandlungen – auch auf höchster Ebene – mögliche spätere Grenzprobleme vorwegnehmen.

Grenzverhandlungen sind ein komplexer Prozess. Bilaterale Verhandlungen sind meistens, aber nicht immer, die beste Option. Botschafterin Andreja Metelko-Zgombic aus Kroatien nannte als Beispiele die Verhandlungen ihres Landes mit Bosnien und Herzegowina und die Weitergabe der Grenzfrage mit Slowenien an ein internationales Schiedsgericht. Ein Mittelweg ist die Inanspruchnahme der guten Dienste einer dritten Partei.

Die Grenzziehung wird üblicherweise von Grenzkommissionen vorgenommen. Experten betonten, wie wichtig es ist, diese mit einer Verhandlungsvollmacht auszustatten. Die Erfahrung zeigt, dass Frustrationen als Folge einer unzulänglichen Bevollmächtigung der Kommissionen für die Aushandlung endgültiger Vereinbarungen die Ursache einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staaten sein können. Andererseits kann eine gelungene Grenzziehung

Eine Grenzmarkierung auf der litauischen Seite der Grenze zwischen Litauen und Belarus. (OSZE)

auch ein Instrument zur Konfliktverhütung sein. „Mit einem flexiblen und entsprechenden Mandat konnten Grenzkommissionen bereits viele konfliktrichtige Streitigkeiten beilegen“, meint John Donaldson von der Durham University.

Ebenso wichtig ist es, dass eine Kommission sich vor Ort begibt und die menschlichen Aspekte, d. h. die Sichtweise der in Grenz-nähe lebenden Menschen, berücksichtigt. „Es ist für die dort lebende Bevölkerung ganz wichtig, dass sie den Grenzziehungs- bzw. Demarkationsprozess und seine Auswirkungen auf ihr Leben versteht. Das hilft Konflikte vermeiden“, stellte Nurlan Sakenow vom kasachischen Außenministerium fest. Manche Gemeinden setzen sich einfach über vorgeschlagene Grenzen hinweg, und manchmal kommt es zu Streitigkeiten über Eigentums- oder Nutzungsrechte an Grund und Boden. Es gibt jedoch viele Möglichkeiten für einen Kompromiss. Man kann einen Tausch vornehmen, etwa einen Wald gegen ein Feld tauschen.

Erfahrene Verhandler aus Litauen und Belarus sprachen über die dreizehnjährige Arbeit der gemeinsamen litauisch-belarussischen Grenzkommission, die die nicht eindeutige, aus der Sowjetzeit stammende Grenze neu festlegen sollte und 2007 abgeschlossen wurde. „Die Vorsitzenden der Kommission waren ermächtigt, den Grenzverlauf zu ändern – vorausgesetzt, die getauschten Gebiete waren gleich groß“, erklärte Zenonas Kemetaitis vom litauischen Außenministerium. „Die Kommission bemühte sich, die bestehenden Land- und Eigentumsgrenzen zu berücksichtigen und die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur auf beiden Seiten nicht zu beeinträchtigen“, fügte er hinzu.

VERANKERUNG DER GRENZPFOSTEN IM BODEN

Die Demarkation, also die physische Markierung der Grenzen, ist an sich ein komplexer Prozess, der nicht als einmaliges Verfahren gesehen werden sollte. Er hängt eng mit der Grenzziehung zusammen, mit der er Hand in Hand geht. „Diskrepanzen zwischen den Daten der Grenzziehungsphase und den Verhältnissen vor Ort sind ein Problem, und die Qualität der Demarkation hängt stark von der Qualität der Grenzziehungsdaten ab“, sagt Gennadij Breskalenko vom ukrainischen Außenministerium. In einigen Fällen gibt die Demarkationsphase Gelegenheit zur Verbesserung einer unzulänglichen Grenzziehung, wobei die Standorte der Markierungen in die offiziellen Grenzdokumente übernommen werden müssen.

Beschaffenheit und Dichte der Grenzmarkierungen hängen von den physisch- und humangeografischen Besonderheiten der Grenze ab. Entlang ein und derselben Grenze können unterschiedliche Vorgehensweisen erforderlich sein. Die Grenzmarkierungen müssen für die Grenzbevölkerung kenntlich sein. „Solange Nachbarstaaten nicht den genauen Verlauf ihrer Grenzen kennen, laufen sie Gefahr, dass Siedlungen oder Landnutzungsrechte über die Grenzen hinweg verlaufen, dass es zu Streitigkeiten über Besitzverhältnisse, Nutzungsrechte an Ressourcen oder zur Entstehung von Niemandsland kommt, auf dem potenziell wertvoller Boden ungenutzt bleibt und wo die Unsicherheit bezüglich der Zuständigkeit für die Strafverfolgung zu kriminellen Aktivitäten ermutigt“, erklärt Martin Pratt von der Durham University.

Mit dem Einschlagen der Grenzpfosten ist der Prozess jedoch

Teilnehmer an einem OSZE Seminar über Methoden zur Festlegung und Demarkation internationaler Landgrenzen in Wilna von 31. Mai bis 1. Juni 2011. (OSZE/Jérôme Bouyjou)

nicht abgeschlossen. Sie müssen instandgehalten und manchmal erneuert werden. Die Geografie ändert sich. Unsicherheiten entstehen. Eine gute Instandhaltung der Grenze kann potenzielle streit-auslösende Unklarheiten beseitigen und Konflikte über die Grenz-festlegung verhüten, ehe sie eskalieren. Al Arsenault aus Kanada sprach über seine Erfahrungen mit einer der ältesten ständigen Grenzkommissionen, der seit 1925 bestehenden Canada-United States International Border Commission (IBC), in der er stellvertretendes kanadisches Kommissionsmitglied war. Über 8600 Grenzmarkierungen legen die längste Landgrenze der Welt fest. Die IBC hält die Grenzkarten auf Stand und bewahrt sämtliche Daten für jede einzelne Grenzmarkierung auf. Die beiden stellvertretenden Kommissionsmitglieder, die das ganze Jahr hindurch engen Kontakt halten, begeben sich alljährlich vor Ort. Innerhalb der IBC herrscht so viel Vertrauen, dass jede Seite selbständig Grenzpfosten ersetzen oder reparieren darf und die andere Seite anschließend davon unterrichtet.

EINE CHANCE FÜR DIE OSZE FÜR VERTRAUENS-BILDUNG

Verhandlungen über Grenzfragen sind hoheitliche Angelegenheit der Teilnehmerstaaten, doch kann die OSZE ein Diskussionsforum auf freiwilliger Basis über Erfahrungen mit bewährten Praktiken und Hindernissen bieten. Mit dem Seminar in Wilna setzte sich die Organisation erstmals mit diesem Thema auseinander. Die Erfahrung zeigte, dass Teilnehmerstaaten mit Grenzziehungsproblemen von Beispielen einer friedlichen Beilegung von Grenzstreitigkeiten profitieren können.

Zweifelsohne ist die Festlegung von Grenzen ein Thema, das dem Mandat der OSZE im Hinblick auf die Förderung der Stabilität in ihrer Region entspricht. So wie schlecht ausgehandelte und demarkierte Grenzen Spannungen zwischen Staaten verursachen können, kann die Einhaltung bewährter Praktiken bei der Ziehung und Demarkation von Grenzen potenziell integrierend wirken. Wie immer in der Konfliktverhütung sind politischer Wille, Pragmatismus und Kompromissbereitschaft Schlüssel zum Erfolg.

Jérôme Bouyjou ist Programmleitungsreferent im Grenzteam des Konfliktverhütungszentrums im OSZE-Sekretariat in Wien.





INTERVIEW MIT GORAN SVILANOVIĆ, KOORDINATOR FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE

Engagement für Good Governance

Goran Svilanović ist der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. Mit Ursula Froese, der für die Redaktion des OSZE-Magazins Verantwortlichen, sprach er am 13. Juli 2011 über seine Arbeit.

Ursula Froese: Seit den Anfängen der OSZE-Kooperation in wirtschaftlichen Belangen, die sich darauf konzentrierte, jungen Demokratien beim Übergang auf die Marktwirtschaft zu unterstützen, hat sich in der OSZE-Region einiges verändert. Welches Ziel verfolgt die OSZE mit ihren Wirtschaftsaktivitäten heute in erster Linie?

Goran Svilanović: Ja, es hat tatsächlich viele dramatische Veränderungen gegeben. Heute könnte man wohl von keinem der 56 Teilnehmerstaaten behaupten, dass er nicht marktwirtschaftliche funktioniert. Das allein ist schon eine riesige Veränderung. Auf der anderen Seite befinden wir uns in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die die meisten, wenn nicht alle dieser Volkswirtschaften in Mitleidenschaft zieht. Die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Nichtmarktwirtschaft wird in diesem Jahrhundert und in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr ausreichen, um Volkswirtschaften zu beschreiben. Manche Autoren verwenden lieber Bezeichnungen wie „liberaler Kapitalismus“ und „autoritärer Kapitalismus“, ich bin jedoch nicht

sicher, dass sich damit die Veränderungen, die wir erleben, hinlänglich erklären lassen. Wir werden neue Konzepte brauchen und wir werden Teil dieses Prozesses sein.

Wenn wir uns ansehen, was in einigen der OSZE-Partnerländer in Nordafrika vor einigen Monaten passierte, und uns fragen, worum es den Menschen mit ihren Protesten ging, lautet eine mögliche Antwort, dass sie eine verstärkte Achtung der Menschenrechte in ihren Ländern wollten. Das war und ist natürlich nach wie vor der Fall. Aber – und darauf möchte ich nachdrücklich verweisen – sie wollten auch, dass ihre Gesellschaften eine andere Art von Regierung erhalten.

Die OSZE hilft Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen dabei, Rechenschaftspflicht in der Verwaltung öffentlicher Mittel sicherzustellen, internationale Standards für die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung umzusetzen und eine wirksame Migrationspolitik zu betreiben. Allen diesen Aktivitäten

Der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Goran Svilanović, auf einer Konferenz zur Umsetzung der Aarhus Konvention in Serbien am 28. April 2010 in Kragujevac (Serbien). (OSZE/Milan Obradović)

ist die Zielsetzung gemeinsam, Governance qualitativ zu verbessern. Dasselbe gilt auch für unsere Aktivitäten im Umweltbereich. Wenn wir uns mit Wasserwirtschaft befassen, geht es eigentlich um Governance, das heißt, wie das Land mit den Herausforderungen knapper Ressourcen umgeht. Wenn wir uns mit Energiefragen befassen, versuchen wir auch in diesem Bereich Governance zu verbessern. Unser Eintreten für Good Governance könnte also für das grundsätzliche Engagement dieses Büros stehen. Und wie das Beispiel Nordafrika zeigt, werden die Fragen, mit denen sich unser Büro befasst, in den kommenden Jahren keineswegs an Bedeutung verlieren.

Das Thema des nächstjährigen Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE unter irischem Vorsitz lautet „Förderung von Sicherheit und Stabilität durch Good Governance“.

Aber diesbezüglich ist nicht unser Büro in Wien aktiv sondern leisten auch die OSZE-Feldpräsenzen wichtige Arbeit, zu Fragen, die manchmal in Wien nicht zuoberst auf der Tagesordnung stehen, jedoch für die jeweiligen Teilnehmerstaaten sehr wichtig sind. Ein Beispiel ist die Reform der gesetzlichen Bestimmungen zur Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung, die in manchen Ländern einer Strangulierung durch Überregulierung gleichkommt. Zu viele Vorschriften, insbesondere wenn sie unklar formuliert sind oder einander überlappen, leisten der Korruption Vorschub. Geschäftemachen wird zu schwierig. Das ist auch in meinem eigenen Land, in Serbien, ein Thema – und auch bei der OSZE-Feldoperation in Armenien habe ich in letzter Zeit Bemühungen gesehen, die von derselben Idee getragen sind, dass nämlich Geschäfte leichter abzuwickeln sein müssen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen reformiert werden und zwar mit Unterstützung der OSZE.

Können Wirtschafts- und Umweltaktivitäten in Konflikten auch als vertrauensbildende Maßnahme eingesetzt werden?

Jüngsten Statistiken ist zu entnehmen, dass vierzig Prozent aller zu Gewalt führenden Konflikte auf irgendeine Weise mit dem Kampf um die Kontrolle natürlicher Ressourcen zu tun haben. In diesen Fällen kann eine Zusammenarbeit hinsichtlich dieser Ressourcen Entspannung bringen. Selbst wenn der Streit über die gemeinsame Nutzung natürlicher Ressourcen nicht die eigentliche Triebkraft des Konflikts ist, kann Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Umweltbereich ein wertvolles Instrument für Vertrauensbildung auf beiden Seiten sein.

So gibt es zum Beispiel ein regionales Brandbekämpfungsprojekt im Südkaukasus, in dessen Rahmen Feuerwehrleute und Ministerialbeamte aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien an gemeinsamen Schulungsehrängen teilnehmen. Ein weiteres Beispiel ist die Zusammenarbeit in Wasserfragen, wo wir etliche subregionale Projekte zum Aufbau gemeinsamer Wasserbewirtschaftungseinrichtungen für mehrere Teilnehmerstaaten durchführen. In Moldau unterstützt die OSZE eine Arbeitsgruppe von Landwirtschafts- und Umweltexperten, die unter den vom Transnistrienkonflikt betroffenen Bürgern Vertrauen aufbaut.

Welche Schritte haben Sie zur organisatorischen Verbesserung des jährlichen OSZE-Wirtschafts- und Umweltforums unternommen?

Das Wirtschafts- und Umweltforum – wir sprechen hier von einem Prozess, da das Forum keine einmalige Veranstaltung sondern eine Reihe von Treffen ist – ist die wichtigste Aktivität dieses Büros, an der über 400 Interessenten teilnehmen. Bis zum letzten Jahr bestand jeder Zyklus aus vier Treffen des Forums, deren erstes immer im Herbst stattfand. In diesem Jahr haben wir das Forum neu angelegt, es umfasst nur mehr drei Treffen pro Kalenderjahr und wurde damit an die Amtsperiode des OSZE-Vorsitzes angeglichen. Damit haben wir aber auch ein Zeitfenster für Neues zur Verfügung. Das wird das Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension sein, das in diesem Jahr zum ersten Mal abgehalten wird – und zwar vom 17. bis 19. Oktober in Wien.

Jedes Forum wird zu einem Thema veranstaltet, das der OSZE-Vorsitz festlegt. In diesem Jahr sind es bestandfähige Energie- und Verkehrssysteme, im vergangenen Jahr war es Verkehr, im Jahr davor Migration. Natürlich können wir mit der Konzentration auf ein einziges Thema niemals die Interessen aller 56 Teilnehmerstaaten wirklich abdecken. Und wir tun auch im Laufe eines Jahres sowohl in diesem Büro als auch in den Feldmissionen einiges mehr. Das Implementierungstreffen wird unserem Büro die Möglichkeit geben, andere Aktivitäten vorzustellen. Und natürlich wird es – da es im Oktober stattfindet – auch noch rechtzeitig für die Diskussion konkreter Vorschläge für das Ministerratstreffen sein. Aus diesem Grunde dürfte das eine höchst interessante Veranstaltung werden.

Die OSZE führt in diesem Jahr den Vorsitz in der ENVSEC-Initiative*. Was tun Sie als Vorsitzführender der ENVSEC, um diese Initiative voranzubringen?

Unser vorrangiges Ziel als ENVSEC-Vorsitz ist die Stärkung der Sicherheitsdimension ihres Arbeitsprogrammes in der OSZE-Region. Eines der konkreten Ergebnisse unseres Vorsitzes wird eine in Ausarbeitung befindliche Sicherheitsstudie sein, die auf die aktuellen und sich herausbildenden Zusammenhänge zwischen Umwelt und Sicherheit in der gesamteuropäischen Region eingehen und neue Möglichkeiten für die ENVSEC-Initiative ermitteln wird.

Einen Schwerpunkt bildet für uns die Verbesserung der Sichtbarkeit der Initiative. Am 18. Mai haben wir eine Präsentation ihrer Arbeitsprogramme für die OSZE-Teilnehmerstaaten abgehalten. Im Oktober werde ich einen ähnlichen Vortrag im NATO-Hauptquartier halten. ENVSEC wird im September an der siebten Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“ in Astana teilnehmen. Und im Dezember werden wir im Rahmen der regionalen Vorbereitungstagung des UNECE für die Weltumweltkonferenz im nächsten Jahr, Rio+20, in enger

* Die Initiative Umwelt und Sicherheit (ENVSEC) ist eine sechs Agenturen umfassende Partnerschaft zwischen der OSZE, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, dem Regionalen Umweltzentrum für Zentral- und Osteuropa mit der Nordatlantikvertragsorganisation als assoziiertem Partner.

Zusammenarbeit mit unseren ENVSEC-Partnern auf unsere Best Practices für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten aufmerksam zu machen – wie zum Beispiel unsere Unterstützung der Aarhus-Zentren.

Wir helfen sind auch bei der Veranstaltung des Ministerforums für Umwelt und Sicherheit der Balkanstaaten behilflich, das von Serbien als Vorsitzendem des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses veranstaltet wird.

Setzt sich die OSZE mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit auseinander?

Ich glaube, dass der Klimawandel tief greifende Auswirkungen auf das politische, wirtschaftliche und Sicherheitsumfeld unseres Planeten von morgen haben wird. Auslöser für die Diskussion über die Rolle der OSZE in der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit war die Verabschiedung der Madrider Erklärung zu Umwelt und Sicherheit des Ministerrats vom Dezember 2007, doch müssen die Teilnehmerstaaten noch zu einem Konsens über einen möglichen Ministerratsbeschluss dazu finden.

Wir haben zum Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zum Thema Klimawandel beigetragen und arbeiten derzeit gemeinsam mit der Europäischen Umweltagentur an der Entwicklung von Szenarios zur Quantifizierung der Auswirkungen des Klimawandels auf natürliche Ressourcen, Energie und das Nahrungsangebot – in Osteuropa und in Kürze auch in Zentralasien.

Bei Ihrer bisherigen Tätigkeit hatten Sie immer mit Menschenrechtsfragen zu tun. Von 1994 bis 1996 leiteten Sie den Nationalen Menschenrechtsrat in Serbien, danach waren Sie am Belgrader Menschenrechtszentrum tätig. Beeinflusst das Ihr Herangehen an die Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Umweltbereich?

Ich habe in den letzten Jahren viel im Menschenrechtsbereich getan. Jetzt befasse ich mich mit völlig anderen Fragen und freue mich, dass ich in der OSZE diese beiden Bereiche miteinander verknüpfen kann. Ich bin Ihnen für diese Frage dankbar, da ich dadurch die Möglichkeit erhalte, auf etwas einzugehen, das mir sehr am Herzen liegt, weshalb ich diese Frage etwas ausführlicher beantworten will.

Ich bin ausgebildeter Jurist. Im Recht lernt man, in Normenhierarchien zu denken – was dann folgendermaßen aussieht: Ein bestimmtes Gesetz ist auf eine bestimmte Weise formuliert, weil es mit einem höherrangigen Gesetz in Einklang stehen muss, welches wiederum verfassungskonform zu sein hat; und dann stellt sich die Frage, womit die Verfassung in Einklang sein muss. Wir landen letztlich also immer bei dem, was wir als höchsten Legitimitätsfaktor bezeichnen.

Was dieser Faktor sein könnte, ist eine Frage, die von Philosophen und Juristen natürlich ganz unterschiedlich beantwortet wird. Man kann jedoch sagen, dass gut die Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Begriff der Menschenrechte als höchstem völkerrechtlichem Legitimitätsfaktor bestimmt war. Das ganze System der Vereinten Nationen ist darauf ausgelegt, weltweit Frieden und Sicherheit

durch die Umsetzung und Achtung der Menschenrechte herzustellen. Diese Idee ist seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute bestimmend, da wir am Anfang des 21. Jahrhunderts stehen.

Wenn wir uns jedoch heute die Veränderungen rund um ansehen, erkennen wir, dass neben dem Begriff der Menschenrechte andere wichtige höchste Legitimitätsfaktoren in der internationalen Politik zunehmend eine Rolle spielen. Versucht man, das Verhalten von Ländern auf der internationalen Bühne zu verstehen, dann erkennt man, dass es ihnen zum Beispiel um ausreichende Energieversorgung für ihre Bevölkerung geht; sie begründen ihre Handlungen vielleicht mit dem Argument der Terrorismusbekämpfung, meinen damit aber eigentlich: Wir möchten den Klimawandel abschwächen und möchten dazu mit Ihnen zusammenarbeiten. Wenn man also herausfinden will, welcher Faktor denn wirklich der Schlüssel zur völkerrechtlichen Legitimierung ist, landen Sie natürlich bei der Achtung der Menschenrechte, aber auch bei der Energieversorgungssicherheit, bei Terrorismusbekämpfung und Klimawandel beziehungsweise Umweltsicherheit. Und das verändert natürlich alles: die Positionen der Länder und ihre Zusammenarbeit.

Diese Organisation eignet sich sehr gut zur Auseinandersetzung mit diesem Wandel, da es ihr von Anfang um politisch-militärische Zusammenarbeit, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte und auch Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Umweltfragen ging.

Wir sollten also der Ereignisse rund um uns realistisch und schonungslos beurteilen. Die Menschenrechte sind nach wie vor der wichtigste Legitimitätsfaktor, wie das die Teilnehmerstaaten auch in der Gedenkerklärung von Astana auf dem OSZE-Gipfeltreffen im vergangenen Dezember bekräftigt haben, doch können sie nicht für alles stehen. Man muss auch diese anderen Fragen von größter Wichtigkeit, wie die Eindämmung des Klimawandels, die Energieversorgungssicherheit oder die Terrorismusbekämpfung mit berücksichtigen. Sie alle gehen Hand in Hand. Und das ist eine tief greifende Veränderung. Der umfassende Sicherheitsbegriff, wie ihn die OSZE definiert, gibt eine gute Antwort auf eine veränderte Welt.

Im Blickpunkt - die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE

Der Prozess des Umwelt- und Wirtschaftsforums

Das Wirtschafts- und Umweltforum ist das wichtigste und höchstrangige jährliche Treffen im Rahmen der zweiten Dimension der OSZE. Das Thema des Forums wird alljährlich vom OSZE-Vorsitz vorgeschlagen und von allen 56 Teilnehmerstaaten beschlossen. Der Forumsprozess ist in Vorbereitungstreffen und ein Schlusstreffen gegliedert. Diese Treffen sollen politische Impulsgeber für den Dialog über sicherheitsbezogene Wirtschafts- und Umweltfragen sein und zur Erarbeitung konkreter Empfehlungen und Folgeaktivitäten beitragen.

Die Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC

Um Umwelt- und Sicherheits Herausforderungen meistern zu können, bedarf es eines gemeinsamen Vorgehens und der Erfahrung internationaler Partner. Die ENVSEC-Initiative wird von sechs Organisationen (OSZE, UNDP, UNEP, UNECE, REC sowie der NATO als assoziierten Partner) gebildet und führt Projekte zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen und in Ländern durch, deren Umwelt besonders bedroht ist oder in denen ein besonders heftiger Wettstreit um natürliche Ressourcen besteht. In der ENVSEC selbst ist das OCEEA für die Koordination des ENVSEC-Arbeitsprogramms im Südkaukasus zuständig.

Wasser und Sicherheit

Bei der Bewirtschaftung von Wasserreserven kann es erforderlich sein, einen Ausgleich zwischen widersprüchlichen Interessen zu finden. Internationale Wasserwege werden von mehreren Ländern genützt, sei es zur Erzeugung von Wasserkraft, für die Landwirtschaft oder die Industrie, wobei es zu Interessenkollisionen kommen kann. Das OCEEA hat die Aushandlung von Wasserverträgen rund um den Dnjestr in Osteuropa, entlang der Save in Südosteuropa und entlang des Tschu-Talas in Zentralasien erleichtert. Derzeit läuft eine technische Zusammenarbeit rund um den Fluss Kura-Arkas im südlichen Kaukasus.

Gefährliche Abfälle und Sicherheit

Die nicht nachhaltige Nutzung von Ressourcen stellt ebenso wie die Umweltverschmutzung eine Altlast dar, für die man noch immer Lösungen braucht. Die illegale Verbringung von gefährlichen Abfällen kann Spannungen auslösen. Deshalb unterstützt das OCEEA den Aufbau von Kapazitäten von Grenz- und Zollbeamten für das Aufspüren von illegalem Handel mit gefährlichen Abfällen in Osteuropa und bereitet sich darauf vor, das auch für Zentralasien zu tun.

Zivilgesellschaft und Umweltsicherheit

Das OCEEA unterstützt ein Netzwerk aus 23 Aarhus-Zentren in zehn Ländern der OSZE-Region, die den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten erleichtern. Die OSZE unterstützt durch ihr CASE-Programm für kleine Zuschüsse (Civic Action for Security and Environment) Projekte zur Verbesserung der Umweltsicherheit im südlichen Kaukasus und in Zentralasien.

Klimawandel und Sicherheit

Klimawandel ist ein globales Problem mit lokalen Auswirkungen. Das OCEEA erstellt für verschiedene Subregionen der OSZE Sicherheitsszenarien für den Klimawandel, um Frühwarnung in Bezug auf potenzielle Konflikte und konkrete Empfehlungen abgeben zu können.

Energie und Sicherheit

Die zunehmende Interdependenz im Energiebereich zwischen Erzeuger-, Verbraucher- und Transitländern im OSZE-Raum erfordert einen kooperativen Dialog. Das OCEEA fördert auf Grundlage des von den Teilnehmerstaaten erteilten Mandats den Dialog und den Austausch von Best Practices im Bereich der Energieversorgungssicherheit.

Good Governance in Wirtschaft und Sicherheit

Good Governance, Transparenz und eine gesunde Wirtschaftspolitik ziehen Investitionen aus dem In- und Ausland an und fördern die Nachhaltigkeit in den Bereichen Entwicklung, Stabilität und Sicherheit. Das OCEEA hilft den Teilnehmerstaaten dabei, internationale Verpflichtungen im Bereich der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einzugehen und umzusetzen. Es erleichtert den Austausch von Erfahrungen und bewährten Methoden, leistet juristische Unterstützung und unterstützt Ausbildungsaktivitäten, um die Institutionen besser für die Umsetzung effektiverer Maßnahmen gegen Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu rüsten. Besonderes Augenmerk gilt der Einbindung der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft in diese Aktivitäten.

Migration und Sicherheit

Weltweit ist die Migration im Steigen begriffen, wobei ihre wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Sicherheitsauswirkungen immer mehr Länder betreffen. Das OCEEA hilft den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung umfassenderer und wirksamerer Migrationsstrategien und bietet dafür eine breite regionale Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch. Es erstellt auch Leitlinien, Handbücher und Schulungsmaterial zum Thema Steuerung der Arbeitsmigration, auf die interessierte Staaten als Orientierungshilfe und Unterrichtsmaterial zurückgreifen können. Im Dienste einer faktengestützten politischen Entscheidungsfindung führt es derzeit ein Projekt zur vereinheitlichten Erhebung und Weitergabe von Migrationsdaten durch.

Verkehr und Sicherheit

Sichere Verkehrsnetze sind unabdingbar für den Handel und die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Entwicklung und Stabilität. Das OCEEA unterstützt die Verabschiedung und Umsetzung von Rechtsinstrumenten im Zusammenhang mit Verkehr, Handel und Erleichterung des Grenzübertritts. Es unterstützt die Entwicklung der euroasiatischen Verkehrsnetze politisch, fördert die Weitergabe bewährter Methoden und Standards, ist bei der Förderung der Integrität im Zollbereich behilflich und erleichtert den Dialog zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Auf dem Gebiet der Sicherheit von Verkehrswegen planen OCEEA und UNECE für die zweite Jahreshälfte die Durchführung eines Projekts, durch das ein besseres Verständnis für die Herausforderungen im Bereich der Binnenverkehrssicherheit in der gesamten OSZE-Region gefördert und die Koordinierung und Wirksamkeit nationaler und internationaler Bemühungen im Umgang mit diesen Herausforderungen verbessert werden soll.

DOSSIER

Die Aarhus-Zentren



WIE ALLES ANFING – AARHUS-ZENTREN UND AARHUS-KONVENTION

von Esra Buttari

Die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen im Umwelt- und Sicherheitsbereich bedarf des Dialogs und der Konsultation zwischen Ländern sowie mit einer Vielzahl von Akteuren in den einzelnen Ländern. Die Aarhus-Konvention der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) bietet dafür ein ausgezeichnetes Instrument, mit dem Grundsätzen für den Zugang zu Informationen, für die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten festgelegt werden. Das am 25. Juni 1998 in der gleichnamigen dänischen Stadt verabschiedete und 2001 in Kraft getretene Übereinkommen betrat mit der Festschreibung der Umweltrechte von Bürgern völlig neues Neuland.

In dem Bestreben, die Grundsätze des Übereinkommens in die Tat umzusetzen, machte sich die OSZE mithilfe ihrer Feldoperationen und des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE 2002 daran, Aarhus-Zentren einzurichten. Seither leistet die OSZE in

enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der Gastländer in ihren Teilnehmerstaaten und in enger Partnerschaft mit dem Sekretariat der Aarhus-Konvention der UNECE und der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENSVEC Hilfestellung beim Aufbau und der Unterstützung eines Netzwerks von derzeit 32 Zentren in zehn Ländern: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Montenegro, Serbien und Tadschikistan.

Diese Zentren ermöglichen die Entwicklung eines neuen Modells und einer neuen Herangehensweise, die vorsieht, dass öffentliche Einrichtungen, lokale und regionale Verwaltungsstellen und Organisationen der Zivilgesellschaft sich gemeinsam mit Umweltherausforderungen in ihrem Gebiet auseinandersetzen und Lösungen dafür suchen. Die Zentren wurden zu einer Brücke zwischen Bürgern und Behörden. In vielen Ländern geben sie zivilgesellschaftlichen Organisationen auch die Möglichkeit zu Koalitionen und Partnerschaften.

Die Aarhus-Zentren sind in den einzelnen Ländern unterschiedlichen

Einrichtungen zugeordnet und unterstellt, die sogar innerhalb ein und desselben Landes variieren können. In vielen Fällen ist das Umweltministerium die zuständige Behörde, andere erhalten logistische Unterstützung durch die lokale Verwaltung oder Nicht-Regierungsorganisationen.

Die Aarhus-Zentren befassen sich mit einem breiten Spektrum an Aktivitäten. Sie verbreiten Informationen über die Umwelt, schaffen Umweltbewusstsein, veranstalten öffentliche Anhörungen, beobachten Umwelt-Hotspots, erteilen Beratung in Rechtsfragen, unterstützen die örtliche Umweltplanung und binden Jugendliche und Frauen in Umweltinitiativen ein. Zunehmend fungieren sie als Einrichtungen, um die Öffentlichkeit auf Umwelt- und Sicherheitsinitiativen aufmerksam zu machen.

Esra Buttari ist Berater für Umweltaktivitäten im Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE.

EIN WEITERER BAUSTEIN AUF DEM WEG ZU NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND EINER GRÜNEN WIRTSCHAFT

von Ella Behlyarova

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) verbindet in vielen ihrer Arbeitsbereiche eine ganz besondere Partnerschaft mit der OSZE, wobei die Aarhus-Zentren wesentlich dazu beitragen, die Auswirkungen der Aarhus-Konvention und jüngst auch ihres Protokolls über Schadstofffreisetzung und -verbringungsregister zu verstärken. Die jüngste Runde der Regierungsberichte über die Umsetzung der Konvention in den einzelnen Ländern ließ klar erkennen, dass die Aarhus-Zentren in vielen Ländern eine wichtige Rolle spielen. Sie liefern Fachwissen und professionelle Expertise in Umweltfragen für Regierungen und Öffentlichkeit und fungieren in vielen Fällen als Kommunikations- und Kooperationsschiene zwischen Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen.

Für eine informierte Entscheidung in

Umweltfragen und eine echte Bürgerbeteiligung in einer bestandsfähigen Gesellschaft müssen die Menschen die relevanten Informationen und ihre Bürgerrechte kennen. Die Aarhus-Zentren dienen in Bezug darauf der Bewusstseinsbildung. Gleichzeitig können die Regierungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Politiken zur Förderung von Nachhaltigkeit und eines grünen Wirtschaftswachstums auf ihre Unterstützung zählen. Daher leisten die Aarhus-Zentren in zweierlei Hinsicht wertvolle Dienste, weshalb man von einer Win-win-Situation sprechen kann.

Die Aarhus-Konvention ist das einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument, in dem das Prinzip der Einbindung der Öffentlichkeit in die Umweltpolitik verankert ist, das im Grundsatz 10 der vor rund 20 Jahren verabschiedeten Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung formuliert

wurde. Im Vorfeld zu Rio+20 bilden die Aarhus-Zentren einen weiteren Baustein auf unserem Weg zu nachhaltiger Entwicklung und einer „Green Economy“ dar, den wir gemeinsam beschreiten wollen.

Wir hören von immer mehr Aarhus-Zentren, die in verschiedenen Ländern der UNECE-Region entstehen, eine Entwicklung, die ich nur mit Nachdruck begrüßen und unterstützen kann. Neue Bereiche einer möglichen Zusammenarbeit zeichnen sich ab, wie die Unterstützung der Länder bei der Einhaltung der Beschlüsse der Tagung der Vertragsparteien auf Grundlage der Empfehlungen des Ausschusses für Einhaltungskontrolle und die Bündelung aller Kräfte im Rahmen der Initiative für Umwelt und Sicherheit (ENVSEC).

Ella Behlyarova ist im UNECE-Sekretariat in Genf für die Aarhus-Konvention zuständig.

< Blick von Chinalig, der höchstgelegenen Siedlung Aserbaidschans, auf das Chinalig-Tal. (OSZE/Sara Achmadowa)

DAS AARHUS-ZENTRUM IN OSCH – FÜR EINE ÖFFENTLICHE KONTROLLE DER FOLGEN DES GOLDBERGBAUS

von Kanybek Issabajew

Seit Jahrtausenden schon wird an den Ufern der Flüsse im westlichen Kirgisistan im Bezirk Tschatkal Gold gewaschen. Heute ist die industrielle Goldförderung in diesem Gebiet mitten im Umbruch. Seit dem Jahr 2000 führen ausländische Unternehmen geologische Untersuchungen durch, betreiben Goldbergwerke und bauen Aufbereitungsanlagen.

Diese Entwicklung steht im Mittelpunkt vielschichtiger Umwelt- und Sozialprobleme. Der Goldabbau und die Aufbereitungsanlagen verschaffen der örtlichen Bevölkerung Arbeitsplätze und den Dörfern Einnahmen. Auf der anderen Seite jedoch verursachen sie Umweltschäden, zerstören Wälder, verseuchen das Wasser und schädigen die vorhandenen Böden.

Anfang 2007 schrieb die Umwelt-NGO FOAT im Namen der Einwohner von Kanytsch-Kyja dem Aarhus-Informationszentrum in Osch einen Brief, in dem sie auf die durch die Goldbergwerke verursachten Probleme hinwies: Umweltverschmutzung, Abholzung, Zerstörung der Weiden und der Wasserschutzgebiete der Flüsse. Sie baten das Zentrum um seine Unterstützung bei ihrem Vorhaben, wieder selbst die Kontrolle über ihre Umwelt zu bekommen. Das Zentrum kam dieser Bitte nach und organisierte in Kanytsch-Kyja und auch in der Stadt Terek-Sai Kurse, in denen die Teilnehmer lernten, wie sie von ihrem Recht auf Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltfragen im Sinne der Aarhus-Konvention Gebrauch machen können.

Einige der in der Gegend ansässigen Teilnehmer taten sich zu einer Arbeitsgruppe zusammen. Am 17. und 18. Mai 2007 veranstalteten sie eine öffentliche Anhörung in Terek-Sai und brachten ihre Forderungen an die Unternehmen vor, die im Bezirk Tschatkal geologische Untersuchungen anstellen und Goldabbau betreiben: Sanierung der durch die Arbeit der Unternehmen geschädigten Gebiete; Einhaltung der Umweltgesetze der Kirgisischen Republik durch die Unternehmen; Beschäftigung der einheimischen Bevölkerung und Abhaltung jährlicher Informationsveranstaltungen. Das war der Beginn des Prozesses der Öffentlichkeitsbeteiligung.

EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Vier Jahre später und nach zahllosen Treffen, Schreiben und Telefonaten der engagierten Gruppen und Personen ist die Situation eine völlig andere. Heute betrachten es die Unternehmen, die im Bezirk Tschatkal Gold gewinnen, als selbstverständlichen Teil ihrer Arbeit, die Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Aktivitäten zu übernehmen. Ausschlaggebend für diesen Erfolg waren neben der Finanzierung durch Norwegen und der Finanzierung und Expertenberatung durch die OSZE die Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC und das Aarhus-Informationszentrum, aber



auch die Zusammenarbeit der regionalen staatlichen Behörden von Tschatkal mit der Staatlichen Agentur für Umweltschutz und Forstwirtschaft.

Ein wichtiger Meilenstein war eine Zusammenkunft im Nachbarbezirk Ala-Buka am 12. Mai 2009, in deren Zug aus vielen der bei dem Hearing in Terek-Sai vorgebrachten Forderungen Zusagen wurden. Es kam zu einer hitzigen Diskussion zwischen Vertretern der Goldbergbauunternehmen, der örtlichen Bevölkerung, Regierungsbeamten und Medien aus den Bezirken Tschatkal, Ala-Buka und Aksy über die sozialen und ökologischen Folgen der Bergbauindustrie. Die Zusammenkunft schloss mit mehreren Resolutionen: die Unternehmen versprachen, in Zukunft die Umweltgesetze einzuhalten und sich am Ort ihrer Tätigkeit registrieren zu lassen – was für die Gemeinden wichtig ist, denen daraus Steuereinnahmen erwachsen; und sie sagten zu, Einheimische einzustellen und die entsprechenden Sozialleistungen zu übernehmen. Ferner wurde vereinbart, das Ministerium für natürliche Ressourcen zu ersuchen, Unternehmen, die sich nicht an ihre Nutzungsverträge halten, die Schürfrechte zu entziehen.

Heute sind in jeder Beziehung Fortschritte zu erkennen. Nach Angaben des Finanzamtes von Tschatkal sind



Teilnehmer an der öffentlichen Anhörung der Bergbauunternehmen im Bezirk Tschatkal am 5. Juni 2010 (Kanybek Issabajew)

vier von den zwölf in der Region tätigen Unternehmen im Bezirk Tschatkal registriert und zahlen dort auch Steuern, für die restlichen acht läuft das Eintragungsverfahren.

Eine im Rahmen des Ministeriums für natürliche Ressourcen eigens eingerichtete Kommission prüft, ob die Genehmigungen für die Exploration und Erschließung rechtmäßig erteilt wurden. Auf Beschluss der Kommission wurden bereits mehrere Genehmigungen widerrufen.

Die Goldförderunternehmen halten nunmehr auch regelmäßig öffentliche Anhörungen ab: Eine fand am 5. Juni 2010 statt und die letzte am 8. Juni 2011. Die meisten im Bezirk aktiven Unternehmen informieren bei diesen Treffen über ihre Aktivitäten.

Die Unternehmen stellen auch einheimische Mitarbeiter ein: Nach Angaben des Bezirksamtes für Migration und Beschäftigung sind in der Region Tschatkal derzeit 1264 Personen bei den Goldabbauunternehmen angestellt. Diese unterstützen auch soziale Einrichtungen: Das Ministerium für natürliche Ressourcen plant gemeinsam mit der Regionalverwaltung von Tschatkal und den Goldabbauunternehmen 2011 insgesamt rund 30 Millionen Som für soziale Einrichtungen ausgeben.

Unternehmen, die für die Schädigung des Bodens verantwortlich sind, haben mit der Wiederherstellung der

zerstörten Areale begonnen: Bisher wurden 34 Hektar Land biologisch wiederhergestellt.

Das heißt jedoch nicht, dass der Goldabbau nicht nach wie vor Anlass für Umweltsorgen und Spannungen im Bezirk Tschatkal gäbe. Erst vor zwei Wochen protestierten Bewohner der Städte Terek-Sai und Kysyltokoi gegen die Einstellungsbedingungen für Ortsansässige in der Aufbereitungsanlage in Ala-Buka. Sie machten ihrem Ärger über die Verschmutzung und Beschädigung der Straßen Luft und forderten eine Beseitigung der schädlichen Abfälle aus den Flüssen Tschatkal und Kassansai. Das Aarhus-Zentrum in Osch stellte dafür seine Expertise und Beratung zur Verfügung. Heute kann man zumindest davon ausgehen, dass bei der Suche nach Lösungen zur Beilegung des Streits auch die Forderungen der Öffentlichkeit Gehör finden.

Kanybek Issabajew ist Manager im Aarhus-Informationszentrum in Osch.

DAS NETZ DER AARHUS-ZENTREN IN TADSCHIKISTAN

von Nargis Hamrabajewa

Tadschikistan hat vier Aarhus-Zentren: Duschanbe, Chudschand, Kurgan-Tjube und Chorog. Am 24. April 2009 schufen die vier regionalen Aarhus-Zentren mit der Unterzeichnung eines Memorandums ein gemeinsames Netzwerk. „Das ist mehr als eine bloße Partnerschaft, es verpflichtet uns dazu, Informationen auszutauschen und einander in allen Angelegenheiten um Rat fragen“, erläutert Munira Rachmatullajewa, Managerin des Aarhus-Zentrums in Kurgan-Tjube.

DUSCHANBE – EIN PRODUKTIVES JAHRZEHT

Kurz nach der Unterzeichnung der Aarhus-Kovention durch Tadschikistan im Jahr 2010 wurde im Rahmen eines Projekts der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC mit OSZE-Unterstützung das erste Aarhus-Zentrum des Landes in Duschanbe eingerichtet. Das Zentrum kann auf ein produktives Jahrzehnt zurückblicken. Es hat Umweltgesetze begutachtet und dafür Lobbying betrieben, die Aarhus-Konvention ins Tadschikische übersetzt und öffentliche Anhörungen zur nationalen Umweltstrategie Tadschikistans veranstaltet. Mit Unterstützung des OSZE-Büros in Tadschikistan bereitete es Fernsehsendungen vor, führte landesweit 15 Seminare zur Aarhus-Konvention durch und veröffentlichte vierteljährlich Umweltbulletins und die Zeitschrift „Natur und Leben“.

Das Aarhus-Zentrum im Duschanbe rief auch den Journalistenklub ins Leben. Journalisten kommen regelmäßig im Zentrum zur Erörterung aktueller und brisanter Umweltprobleme zusammen, wie globale Erwärmung, Abfallwirtschaft, Umweltverschmutzung und die Verbesserung des Monitoring, Bodendegradation, Verhütung und Bekämpfung von Naturkatastrophen sowie Strahlenrisiken. Und sie tauschen sich über Fachspezifisches aus, wie man etwa an Informationen kommt und mit Daten umgeht.

CHUDSCHAND – INFORMATION DER ÖFFENTLICHKEIT UND ZUGANG ZU DEN GERICHTEN

Das in der nördlichen Provinz Sughd gelegene Aarhus-Zentrum in Chudschand arbeitet auch mit Journalisten zusammen, um seiner Botschaft Gehör zu verschaffen. „Anfänglich waren die Journalisten sehr zögerlich, was die Berichterstattung über Umweltfragen anging, doch dann machten sie ihnen klar, dass sie mit ihrer Berichterstattung ein Umdenken bewirken könnten. Wir veranstalteten vier Festivals für Umweltjournalismus in Sughd und waren Mitveranstalter eines regionalen Festivals für Journalisten aus Zentralasien“, erzählt Dimitri Prudskich, der Manager des Zentrums.

Die Sicherheit radioaktiver Abfälle ist ein brisantes Umweltthema in Sughd, wo eine Fläche von mehr als 400 Hektar mit Rückständen aus der Uranaufbereitung



Eine Pfirsichplantage auf 2.300 m Seehöhe unweit der Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan, die im Rahmen eines Projekts des Aarhus-Zentrums in Chorog (Tadschikistan) gepflanzt wurde. (Farchod Abdurachmonow)

verseucht ist, die vom ehemaligen Uranbergwerk in Taboschar stammen. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2006 verteilte das Zentrum Informationsmaterial und organisierte zahlreiche Diskussionsveranstaltungen, um die einheimische Bevölkerung mit den notwendigen Informationen zu versorgen.

In diesem Jahr begann das Zentrum in Chudschand mit der Umsetzung der dritten Säule der Aarhus-Konvention, dem Zugang zu Gerichten. Ein Teilnehmer am Kurs des Zentrums über Umweltrechte klagte die Stadtverwaltung von Chudschand wegen der Vorenthaltung von Informationen über die Emissionen aus einer Destillerie – und gewann den Prozess. „Zum ersten Mal in der Geschichte der Rechtsprechung in Tadschikistan konnte ein Bürger sein Recht auf Umweltinformationen erfolgreich durchsetzen. Regierungsbeamte, die sich mit Umweltschutznormen befassen, sollten die Aarhus-Konvention kennen und wissen, dass jeder das Recht auf ungehinderten Zugang zu Umweltinformationen hat“, erläutert Prudskich.

KURGAN-TJUBE – JUGENDLICHE DISKUTIEREN ÜBER UMWELTFRAGEN

Das Aarhus-Zentrum in Kurgan-Tjube im südlichen Tadschikistan wurde mit Unterstützung des OSZE-Büros 2009 im Rahmen einer Nichtregierungsorganisation eingerichtet. Es beantwortet Ersuchen um Information, erteilt Rechtsberatung, gibt einen Umwelt-Newsletter heraus und führt Umweltsäuberungsaktionen durch.

Zu den interessantesten Projekten des Zentrums zählen nach Meinung seiner Managerin Rachmatullajewa die Umwelt-Sommerklausuren für Manager und Staatsbeamte. „Ehe man die Öffentlichkeit effektiv über ihre Umweltrechte informieren kann, muss man die Fachleute entsprechend vorbereiten“, meint sie.

Das Zentrum in Kurgan-Tjube ist einmal wöchentlich >>

Gastgeber eines Debattierklubs für Umweltfragen, wo Studenten zur Diskussion von Umweltproblemen in der Region zusammenkommen, für die sie auch Lösungsvorschläge erarbeiten. Rachmatullajewa berichtet, dass die Mitglieder des Clubs bereits Gelegenheit hatten, ihr in den Diskussionen erworbenen Wissens praktisch anzuwenden, als es darum ging, ihre Rechte geltend zu machen – zum Beispiel gegen die rechtswidrige Einhebung von Grundsteuern.

CHOROG – ZUSAMMENARBEIT MIT AFGHANISCHEN AMTSKOLLEGEN

Das Aarhus-Zentrum in Chorog, das jüngste Aarhus-Zentrum Tadschikistans, wird von Milal-Inter, einer Vereinigung von Unternehmern und Bergbauern aus der Region Berg-Badachschan betreut. Es fördert eine nachhaltige Flächennutzung, um zu verhindern, dass die Ökosysteme in Gebirgsregionen Schaden nehmen. Bei einem Projekt wurden Obstbäumen gepflanzt, in einem trockengelegten Sumpf in

der Region Ruschan und auf 2300 Meter Seehöhe in der Region Schugnan.

Das Hauptinteresse des Zentrums in Chorog gilt jedoch der Zusammenarbeit mit den afghanischen Kollegen. Bojmurod Alibachschev, der Leiter des Zentrums, weist darauf hin, dass die Region Berg-Badachschan und das afghanische Badachschan dasselbe Ökosystem haben, was die Durchführung vieler gemeinsamer Umweltprojekte ermöglicht. „Wir haben unseren afghanischen Partnern gezeigt, wie man am besten Kartoffeln anbaut, was sie jetzt erfolgreich selbst tun und ihre Produkte auf demselben Grenzmarkt feilbieten wie wir“, erläutert er.

Mit Unterstützung durch die OSZE, die norwegische Regierung und die ENVSEC-Initiative baut das Netzwerk der Aarhus-Zentren in Tadschikistan seine Aktivitäten weiter aus.

Nargis Hamrabajewa ist Journalistin für die Nachrichtenagentur Asia Plus.

ERSTELLUNG EINES SCHADSTOFFREGISTERES – DIE AARHUS-ZENTREN IN KASACHSTAN

von Gulsara Jeskendirowa

Die Abgabe von Schadstoffen in die Luft, ins Wasser und in den Boden fügen der empfindlichen Umwelt unseres Planeten Schaden zu. Auf einer außerordentlichen Tagung im Jahr 2003 beschlossen die Vertragsparteien der Aarhus-Konvention, ein Protokoll über Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister (PRTR) zu verabschieden. PRTR sind Verzeichnisse von Schadstoffen aus Industrieanlagen und anderen Quellen. Da diese Verzeichnisse laut Protokoll der Öffentlichkeit zugänglich sein müssen, stellen sie ein wirkungsvolles Instrument dar, um Umweltsünder zu einer Verhaltensänderung zu zwingen. Bisher haben 27 Vertragsparteien der Aarhus-Konvention das PRTR-Protokoll unterzeichnet und ratifiziert. Kasachstan könnte sich ihnen schon bald anschließen.

Im September dieses Jahres organisierte das nationale Aarhus-Zentrum Kasachstans im Rahmen der siebten Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“ in Astana gemeinsam mit dem Sekretariat der UNECE für die Aarhus-Konvention eine Nebenveranstaltung, auf der es sein Vorhaben zur Erstellung eines den Erfordernissen des Protokolls entsprechenden PRTR für Kasachstan präsentierte.

2009 erfolgten die ersten Schritte zur Registrierung von Schadstoffen in Kasachstan mit der Erstellung eines Pilotregisters für im Osten des Landes tätige Unternehmen durch die NGO Green Women. Das OSZE-Zentrum in Astana leistete dabei Hilfestellung. Das Register ist über die Website <http://kz-prtr.org> zugänglich.

2010 erweiterte das OSZE-Zentrum in Astana seine Unterstützung für das Umweltschutzministerium um die Begutachtung

der nationalen Rechtsvorschriften im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit den Verpflichtungen aus dem PRTR-Protokoll.

In diesem Jahr tat sich die OSZE mit dem nationalen Aarhus-Zentrum zusammen, um Kasachstan auf dem Weg zur Erstellung eines nationalen PRTR voranzubringen. Experten, unter ihnen ein Fachmann für die Kartografierung geografischer Informationssysteme, erstellten detaillierte Empfehlungen für die Anlage und Führung eines Registers und entwickelten eine nationale Testversion. Diese Pilotversion ist als Website angelegt und befindet sich derzeit auf dem Server des Aarhus-Zentrums.

GEFAHRENABWEHR IM SEEVERKEHR

Neben dem nationalen Aarhus-Zentrum in Astana beherbergt Kasachstan zwei Aarhus-Zentren in der Nähe des Kaspischen Meeres, die beide von der OSZE über ein Projekt der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC unterstützt werden, das die norwegische Regierung mitfinanziert. Das Aarhus-Zentrum in Atyrau konzentriert sich im Wesentlichen darauf, Vertreter der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Industrie zur gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen durch Ölverschmutzung und Ölunfällen zusammenzubringen. Es ist zu einem breiten Spektrum von Fragen in verschiedenen Regionen tätig und arbeitet mit NGOs und Journalisten zusammen. Das Aarhus-Zentrum in Aktau wurde im Mai dieses Jahres eröffnet. Mit anhaltender Unterstützung durch die OSZE und ihre Partner wird sich das Netzwerk der Aarhus-Zentren in Kasachstan weiter ausbreiten, um die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltfragen zu unterstützen.

Gulsara Jeskendirowa ist Direktorin des nationalen Aarhus-Zentrums in Astana.



CASE – CIVIC ACTION FOR SECURITY AND ENVIRONMENT

Das CASE-Programm (Bürgerinitiativen für Sicherheit und Umwelt) beruht auf einer einfachen Idee, verfolgt jedoch eindrucksvolle Ziele. Das Programm wurde 2009 vom Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE aufgenommen, ist unter der Schirmherrschaft der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC tätig und unterstützt Bürgerinitiativen durch Zuschüsse in der Größenordnung von 5000 bis 10 000 Euro in Regionen, wo sich Menschen für die Förderung von Good Governance in Umweltfragen engagieren und Mühe haben, dafür finanzielle und politische Unterstützung zu finden.

Armenien und Aserbaidschan machten den Anfang mit CASE. Seit 2010 werden CASE-Zuschüsse auch in Tadschikistan vergeben, wo man sich besonders um die

Unterstützung ländlicher NGOs in entlegenen Gebieten bemüht, die keinen Zugang zu den Ressourcen haben, die in der Hauptstadt für Umweltkampagnen zur Verfügung stehen. Dem CASE-Programm kommt die Arbeit der Aarhus-Zentren in allen drei Ländern zugute, die es seinerseits verstärkt.

Die Auswahl geeigneter Projekte erfolgt durch das jeweilige nationale CASE-Screening Board, in dem Vertreter der Regierung, der Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen sitzen, das die Projekte nach Maßgabe der für das Land festgelegten CASE-Strategie genehmigt. Bisher erhielten 36 Projekte Unterstützung durch CASE. Bei der Finanzierung des Programms taten sich besonders Österreich, Kanada, Luxemburg und die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Statoil hervor.

Schafhirten in der Nähe von Chinalig (Aserbaidschan). (OSZE/Sara Achmadowa)

CASE IN ASERBAIDSCHAN

von Sara Achmadowa

Das malerische Dorf Chinalig hoch oben am mächtigen Sachdag ist die höchstgelegene menschliche Siedlung Aserbaidschans. Man erreicht den Ort über eine Serpentinstraße, die sich über herrliche grüne Matten vorbei an reißenden Wasserläufen zum Dorf hochschraubt, wo die Menschen seit alters her von Schafzucht und Handwerk leben. Heute ist das Handwerk so gut wie ausgestorben, doch die Viehzucht hat in einem solchen Ausmaß zugenommen, dass sie die Weiden in der Umgebung des Dorfes stark belastet. Eine Entwicklung, die man zunehmend im ganzen Land feststellen kann.

„Die Intensivierung der Weidewirtschaft hat Auswirkungen auf die Umwelt, sie führt unter anderem zu Bodenerosion und Wüstenbildung“, erläutert Gascham Abajew, Leiter der Nichtregierungsorganisation Support to Development of Tourism in Khinalig. Mit einer finanziellen Unterstützung durch das CASE-Programm (Civic Action for Security and Environment) hat seine Organisation nun ein Projekt in Angriff genommen, das die Sommerweiden in der Umgebung von Chinalig beobachten und den einheimischen Bauern und Politikern in Guba und Baku Empfehlungen geben soll.

CASE wird zwei Jahren in Aserbaidschan



umgesetzt und hat in dieser Zeit landesweit elf Projekte im Rahmen der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC unterstützt. Die Auswirkungen des Bergbaus auf die Umwelt, Abholzung, Bedrohung durch Muren, gefährliche medizinische Abfälle sowie die Auswirkung des Klimawandels auf die Landwirtschaft sind einige der Probleme, mit denen man sich auseinandersetzt.

Einen wichtigen Schwerpunkt bildet die umweltbewusste Nutzung von Energie. Das OSZE-Büro in Baku setzt

sich seit 2009 für erneuerbare Energiequellen ein. Das Dorf Nowchany auf der Halbinsel Abscheron, wo in zahlreichen Glashäusern Gemüse und Blumen angebaut werden, erhielt finanzielle Unterstützung aus dem CASE-Programm, mit deren Hilfe jetzt Informationen über Sonnenenergie weitergegeben werden können. Derzeit beheizen die Landwirte ihre Glashäuser durch die Verbrennung von Gas oder anderen Brennstoffen. Das mit der Durchführung des Projekts betraute Regionale Umweltzentrum für den Kaukasus (REC Caucasus) wird ➤

dieselbe Summe wie CASE für den Kauf und die Anbringung eines Sonnenkollektors auf einem Glashaus beisteuern, das durch ein Auswahlverfahren ermittelt wird.

Im Zuge eines weiteren CASE-Projekts erhielten junge Führungskräfte eine Einführung in den Zusammenhang zwischen Energie und Sicherheit und die drei Säulen der Aarhus-Konvention (Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten), die nun ihr Wissen an ihre Altersgenossen in ganz Aserbaidschan weitergeben sollen.

Ausschlaggebend für den Erfolg des CASE-Programms in Aserbaidschan ist die enge Partnerschaft mit dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, mit Statoil und EkoSfera, die strategische Beratung erteilten und über das nationale CASE Screening Board bei der Auswahl der Projekte behilflich waren.

Sara Achmadowa ist Koordinatorin für CASE-Aserbaidschan in der Gruppe für Wirtschafts- und Umweltfragen des OSZE-Büros in Baku.



Frauen in Chinalig (Aserbaidschan). OSZE/Sara Achmadowa

Arsenablagerungen in einer stillgelegten Abraumhalde für Bergbauabfälle in Alaverdi (Armenien). (ENVSEC/V. Mello)



CASE IN ARMENIEN

von William Hanlon and James McMordie

Die armenischen Aarhus-Zentren sind die OSZE-Vorreiter der Aarhus-Bewegung. Mit Unterstützung des OSZE-Büros in Eriwan wurden 2002 die ersten Zentren begründet. Inzwischen umfasst das Netzwerk 15 Zentren in so gut wie allen Landesregionen.

Die Aarhus Zentren sind ein wichtiges Element der Governance in Umweltbelangen in Armenien. Sie schaffen die Voraussetzungen für eine wirksame Öffentlichkeitsbeteiligung und dienen seit Jahren als Plattform für die Veranstaltung oft hitziger Diskussionen über Umweltbelange zwischen der zentralen und den lokalen Verwaltungen, Dorfgemeinschaften und Umweltschützern, und tragen so zur Entstehung lokaler Umweltbewegungen bei und nehmen Einfluss auf politische Entscheidungen.

Seit 2009 ist eine der wichtigen Funktionen der Aarhus-Zentren in Armenien die Unterstützung von Projekten des CASE-Programms (Civic Action for Security and Environment). CASE nahm in Armenien mit der Erstellung des Strategieplanes zu seiner Umsetzung durch das OSZE-Büro in Eriwan Gestalt an. Er wurde vom nationalen Screeninggremium verabschiedet und diente als Grundlage für die Auswahl der Projekte für die Anlaufphase im Februar und März

2010; dabei ging es um ganz unterschiedliche Themen wie nachhaltige Verkehrssysteme in Eriwan, biologische Landwirtschaft in der Region Tavush und Abfallwirtschaft, die Entwicklung sogenannter grüner Zonen oder Genderbewusstsein in der Region Goris. Auf diese erste Phase folgten im Laufe des Jahres eine zweite und dritte, in deren Verlauf insgesamt 17 Projekte genehmigt wurden.

Eine der ersten Zuwendungen ging an das Frauenzentrum Anahit in der Stadt

Alaverdi. Die Mitglieder des Zentrums waren besorgt über eine Altlast, eine Aufbereitungsanlage für Arsenabfälle aus dem Bergbau in sehr schlechten Zustand. Sie befürchteten, der Zustand der Deponie stellte möglicherweise eine Bedrohung für das Grundwasser dar und damit eine beträchtliche Gesundheitsgefährdung für die örtliche Bevölkerung. Eine weitere Sorge galt dem Standort der Anlage auf einem Hügel unweit der Stadt Alaverdi; man befürchtete ein Abrutschen des >>



Angeschwemmter Müll am Ufer des Hrazdan (Armenien). Ein CASE Projekt analysiert die Bedrohung der Umwelt durch Abfälle, die in Flüssen landen. (ENVSEC/V. Mello)

Hanges und damit eine Gefährdung von Wohnvierteln. Die Gruppe beantragte und erhielt einen CASE-Zuschuss, um eine Untersuchung des Areals durchzuführen und Vorschläge für eine wirksame Sanierung auszuarbeiten.

Die Arbeiten begannen 2010. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und dem Eigentümer der Deponie führte das Zentrum seismische und andere wissenschaftliche Untersuchungen des Gebiets durch, deren Ergebnisse die befürchtete Gefährdung der Gesundheit der Anrainer bestätigten. Dank der finanziellen Unterstützung konnte die Gruppe öffentliche Diskussionen veranstalten, zwei Fernsehsendungen produzieren und einige Artikel in örtlichen Zeitungen unterbringen. Ein positives Nebenprodukt des Projekts war die gute Zusammenarbeit der Gruppe sowohl mit der Stadtverwaltung als auch mit den Eigentümern der Deponie.

Ein weiteres Projekt wurde von der Hayanist Intercommunity Association in der Region Hrazdan, einem Industriezentrum in Zentralarmenien durchgeführt. Der Fluss Hrazdan liefert der Bevölkerung vor Ort das Wasser für die Bewässerung ihrer Anbaugelände und wird auch für den Fischfang genutzt. Der CASE-Zuschuss ermöglichte es der Vereinigung, die Auswirkungen der verschiedenen Industriebetriebe und Bauvorhaben im Bereich des Flusseinzugsbereichs untersuchen zu lassen und entsprechende Gegenmaßnahmen auszuarbeiten.

Die Umweltgefahren, die unter anderem von den Industrie- und Abwasseranlagen entlang

des Flusses Hrazdan ausgehenden, wurden erhoben, kartografiert und bewertet. Im Anschluss daran stellte die Gruppe ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit vor und identifizierte generelle Lösungen, wie etwa die Errichtung von Abwasseraufbereitungsanlagen.

Beide Beispiele illustrieren, wie viel Bürgergruppierungen mit bescheidener Unterstützung bewirken können, wenn die örtliche Verwaltung, die Wirtschaft und internationale Organisationen an einem Strang ziehen. Bald beginnt Phase vier des armenischen CASE-Programms und wir können mit Zuversicht davon ausgehen, dass auch sie den Bürgern Armeniens und ihrer Umwelt zugute kommen wird.

William Hanlon ist Referent für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten im OSZE-Büro in Eriwan, James McMordie war Praktikant im OSZE-Büro in Eriwan.

VERBESSERTE UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG – DAS AARHUS-ZENTRUM IN GEORGIEN

von Tamar Guguschwili und Nino Gwasawa

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist ein wichtiges Instrument für informierte Entscheidungen über umweltrelevante Aktivitäten. In den meisten OSZE-Teilnehmerstaaten ist sie gesetzlich vorgeschrieben und gibt Bauträgern eine technische Abschätzung der zu erwartenden Auswirkungen geplanter Projekte auf die biophysikalische und soziale Umgebung an die Hand und verpflichtet sie zu einer entsprechenden Rechtfertigung ihrer Entscheidungen.

In Georgien ist für potenziell umwelt- und gesundheitsgefährdende Projekte eine Genehmigung erforderlich, für die eine UVP vorgeschrieben ist. Das System ist verbesserungswürdig – so sind derzeit etwa potenziell umweltschädigende Aktivitäten wie Bergbau und Papiererzeugung nicht erfasst. Sie ist jedoch nach wie vor das wichtigste Umweltschutzinstrument in Georgien und das einzige, das eine Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren in Umweltangelegenheiten ermöglicht.

BEOBSACHTUNG DES UVP-PROZESSES

2007 begann das Aarhus-Zentrum in Georgien damit, den Ablauf der Umweltverträglichkeitsprüfungen im Lande zu beobachten. Es analysiert die institutionellen und rechtlichen

Rahmenbedingungen, kontrolliert laufend, ob die Verfahren und Berichte über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung und den Bestimmungen der Aarhus-Konvention stehen und nimmt an UVP-Anhörungen teil. Es stellt anschließend die Ergebnisse auf die öffentliche Website, macht sie den Akteuren wie dem Umweltschutzministerium zugänglich und erörtert sie bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen.

Ein Blick auf die Website des Zentrums zeigt, wie ernst man die Öffentlichkeitsbeteiligung nimmt. Hier werden neue Entwicklungsprojekte und UVP-Anhörungen und alle vorläufigen und endgültigen UVP-Berichte bekannt gegeben. Informationen über laufende Projekte werden regelmäßig aktualisiert. Das Zentrum hat eine Online-Datenbank für Projekte angelegt, die sowohl der Zivilgesellschaft als auch staatlichen Institutionen zur Verfügung steht. Sie enthält die schriftlichen Begründungen für die UVP-Genehmigung sowie die Voraussetzungen für die Bewilligung aller Projekte seit 2008.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit am UVP-Prozess ist generell gering. Das Zentrum hat jedoch die Erfahrung gemacht, dass sich positive Maßnahmen zur Ermutigung dazu ►►

Das Aarhus Zentrum Georgien produzierte TV-Spots, die zeigen, wie die Umweltverschmutzung die Gesundheit gefährdet, und die Bürger über ihre Rechte aus der Aarhus Konvention hinsichtlich der Beteiligung an Entscheidungsverfahren informieren. Sie wurden von April bis Juni 2011 in ganz Georgien ausgestrahlt. (Aarhus-Zentrum Georgien)



günstig auswirken. Mit Flyern und Postern, die zusätzliche Informationen zu einzelnen Projekten enthalten, können mehr Menschen dazu gebracht werden, an den öffentlichen UVP-Hearings teilzunehmen. Und öffentliche Diskussionen bewirken viel – so zum Beispiel, dass vom Bau einer Deponie in der Nähe einer Siedlung Abstand genommen wurde. Aufgrund seiner Erfahrungen empfiehlt das Zentrum, die Öffentlichkeit schon in einer frühen Phase des Entscheidungsverfahrens einzubinden. So kann man vermeiden, dass Projekte, bei denen keine Chance auf die Zustimmung der Öffentlichkeit besteht, noch einen kostspieligen UVP-Prozess durchlaufen müssen.

VERBESSERUNG DES SYSTEMS

In diesem Jahr nimmt das Aarhus-Zentrum Georgien als örtlicher Partner an einem neuen Projekt teil, das auf eine Initiative des georgischen Umweltschutzministeriums zurückgeht und gemeinsam mit der niederländischen Kommission für Umweltprüfung und dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE durchgeführt wurde. Ziel des Projekts ist es, den Entscheidungsträgern Kostenabschätzungen und damit die finanzielle Rechtfertigung für eine Verbesserung der UVP-Prozesse zu liefern. Für ausgewählte Branchen wie den Bau von Wasserkraftwerken und Autobahnen und die Baustoffherzeugung wird das Zentrum genaue Leitlinien für die Festlegung des vorläufigen Umfangs eines Projekts erstellen. Und es wird Empfehlungen für die Angleichung der bestehenden Gesetze an die Erfordernisse der Aarhus-Konvention und der UVP-Richtlinie der Europäischen Kommission ausarbeiten. Das sind lauter Schritte, die Georgien auf dem Weg zu einem gesunden Umweltgenehmigungssystem voranbringen.

Mit Unterstützung der OSZE und der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC wird das Aarhus-Zentrum in Georgien auch in Zukunft als Ressourcenzentrum für die Umsetzung der Aarhus-Konvention im Lande fungieren.

Tamar Guguschwili ist PR-Fachmann und für die Beobachtung der Umweltverträglichkeitsprüfung im Aarhus-Zentrum Georgien zuständig.

Nino Gwasawa ist Assistentin des Leiters des Aarhus-Zentrums Georgien.



ENTWICKLUNG MUSS UMWELTVERTRÄGLICH BLEIBEN – DIE AARHUS-ZENTREN IN ALBANIEN

von Robert Mangham

Albanien erfreut sich seit einigen Jahren einer Phase anhaltender Investitionen mit zahlreichen neuen Projekten in den Bereichen Energie und Infrastruktur, einschließlich des Baus von Straßen und Wärme und Wasserkraftwerken. Die schöne Küste des Landes, seine schneebedeckten Berge, die Bergseen und die Stätten seines kulturellen Erbes ziehen mehr und mehr Touristen an. Dieser rasche Aufschwung Albaniens schafft zwar Arbeitsplätze und Wirtschaftsmöglichkeiten, die besonders für abgelegene Gebiete wichtig sind, bringt jedoch beträchtliche Herausforderungen an den Umweltschutz mit sich, da es im ganzen Land an einem ordnungsgemäßen Abfallsorgungssystem mangelt.

Im Zusammenhang damit besteht auch ein dringendes Bedürfnis, die Öffentlichkeit über Umweltangelegenheiten zu informieren und ihr die Möglichkeit zur Mitsprache zu geben. Die OSZE-Präsenz in Albanien unterhält derzeit ein Programm zur Unterstützung der albanischen Regierung bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention, der Albanien 2001 beigetreten ist. Mit Finanzierung durch die Umwelt- und





Sonnenuntergang über dem Vjose-Tal in Albanien. Tourismus und Entwicklung stellen eine Herausforderung an den Umweltschutz dar. (OSZE/Elton Qendro)

Sicherheitsinitiative ENVSEC wurden 2007 drei Aarhus-Informationszentren eingerichtet, eines davon im Umweltministerium in Tirana und zwei weitere als unabhängige NGOs in Shkodër und in Vlorë. Sie sind miteinander vernetzt und bemühen sich gemeinsam um die Hebung des Bewusstseins für die Rechte der Bürger und Pflichten des Staates aus der Konvention, die Erleichterung des Dialogs zwischen Gemeinden und Entscheidungsträgern in Umweltfragen und die Stärkung des Potenzials der Zivilgesellschaft für die tatsächliche Beteiligung an Entscheidungsverfahren.

EIN STEINIGER WEG

Die Aarhus-Informationszentren arbeiten in einem sehr schwierigen Umfeld. Einerseits wissen die Bürger nichts von ihrem Recht auf Information in Umweltbelangen oder Konsultation zu den Umweltauswirkungen geplanter Investitionen. Andererseits verfügen die Behörden auf nationaler und lokaler Ebene nur über begrenzte Kapazitäten, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Es gibt zwar große Anstrengungen zur Annäherung an die Standards der Europäischen Union und internationale Standards für die Bürgerbeteiligung, doch bleibt noch viel zu tun im Hinblick auf die Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Berücksichtigt man neben diesen Herausforderungen noch die Schwierigkeiten eines Fundraisings bei einer rückläufigen Konjunktur, dann wird deutlich, dass die Aarhus-Informationszentren noch einen steinigen Weg vor sich haben.

ERSTE ERFOLGE

Trotz dieser Schwierigkeiten können die albanischen Aarhus-Informationszentren auf bescheidene Erfolge verweisen. Einmal vierteljährlich findet in Tirana ein Aarhus-Konsultationstreffen statt, an dem Vertreter für Umweltfragen, die von einer Gruppe von NGOs benannt werden, und Vertreter der wichtigsten Ministerien teilnehmen, um über Fragen der Einhaltung und Entwicklungen der Aarhus-Konvention zu beraten. Managementvertreter aus einigen der umweltbelastendsten Betriebe des Landes, wie Zementerzeugung und Erdölförderung, nahmen aktiv an Fortbildungen in Bezug auf die Verpflichtung der Privatwirtschaft zu Umweltverträglichkeitsprüfungen und zur Öffentlichkeitsbeteiligung teil. Die Regierung bedient sich des Netzwerks der Aarhus-Informationszentren auch zur Weitergabe von Informationen und um Feedback einzuholen, insbesondere zu Gesetzesentwürfen und Politiken.

Auch in den Regionen ist der Einfluss der Aarhus-Informationszentren zu spüren. Das Netzwerk ermöglichte einen Besuch potenzieller Geldgeber und Regierungsbeamter am

Standort einer projektierten Deponie, durch die das akute Problem illegaler Mülldeponien in Angriff genommen werden soll; das Projekt wurde in der Folge mit staatlicher Unterstützung finanziert. In Shkodër erfuhr das Aarhus-Informationszentrum von der örtlichen Bevölkerung, dass dort auf einem Kinderspielplatz Müllcontainer aus Metall standen, die aus gebrauchten Pestizidbehältern hergestellt waren. Nach einem Treffen mit dem Schulleiter wurden sie entfernt. Im malerischen Vjose-Tal richteten die Aarhus-Informationszentren fünf Ökoklubs für Schulkinder ein. Regelmäßige Aktionen zur Säuberung der Umwelt animieren die Einheimischen zur freiwilligen Mitarbeit; zugleich wird auch deutlich gemacht, wie wichtig eine saubere Umwelt für die Entwicklung des Tourismus ist.

Diese Bemühungen haben die Aarhus-Konvention und ihre Good Governance-Prinzipien verstärkt ins Bewusstsein der Bürger und Amtsträger gehoben. Inzwischen gibt es in Albanien auch einige große internationale Investoren, denen die Vorteile von Good Governance auch unter dem Blickwinkel der sozialen Verantwortung von Unternehmen sehr wohl bewusst sind, woraus sich neue Chancen für das Aarhus-Informationszentrum ergeben, gemeinsame Aktionen mit der Privatwirtschaft ergeben. Edlira Dersha, Managerin des Aarhus-Informationszentrums im Umweltministerium, sieht die Zukunft optimistisch: „Vielleicht ist es schon bald nicht mehr notwendig, Leute ins Ausland zu schicken, um sich dort Best Practices anderer Aarhus-Zentren anzusehen, da wir in Albanien gute Beispiele vorzuweisen können werden“, hofft sie.

Robert Mangham ist Referent für Wirtschaft und Umwelt und Regionalreform in der OSZE Präsenz in Albanien.

NACHBARN IN DER REGION ALS VORBILD – FÖRDERUNG DER AARHUS-KONVENTION DURCH DIE OSZE-MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

von Alma Mirvić

Anfang 2010 besuchte eine Gruppe von für Umweltfragen zuständigen Beamten und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen aus Bosnien und Herzegowina zwei Aarhus-Zentren in Albanien, in Tirana und in Vlorë. Bei diesem Besuch konnten sie sich aus erster Hand über die Anlaufphase und die Arbeit der Zentren informieren. Die Delegation aus Bosnien und Herzegowina wollte vor allem mehr über die Bürgerinitiativen erfahren, die beim Compliance Committee der Aarhus-Konvention Einspruch gegen den Bau eines Ölhafens und eines Wärmekraftwerks in der Bucht von Vlorë auf Grundlage von Artikel 7 des Übereinkommens erhoben hatte. Artikel 7 hält fest, dass „jede Vertragspartei angemessene praktische und/oder sonstige Vorkehrungen dafür [trifft], dass die Öffentlichkeit, nachdem ihr zuvor die erforderlichen Informationen zu Verfügung gestellt worden sind, in einem transparenten und fairen Rahmen während der Vorbereitung umweltbezogener Pläne und Programme beteiligt wird“.

Der von der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina und der OSZE-Präsenz in Albanien organisierte Besuch war nur ein Beispiel dafür, wie sich das Land Erfahrungen in der Region zunutze macht, um die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten zu fördern. Der Besuch war Teil eines von der Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC und Ungarn finanzierten Projekts, das in enger Zusammenarbeit mit dem regionalen Umweltzentrum für Mittel- und Osteuropa (REC) durchgeführt wurde. Ziel des Projekts ist die Erstellung eines Fahrplans für die Umsetzung der Aarhus-Konvention in Bosnien und Herzegowina, das dem Übereinkommen 2008 beigetreten ist.

Die OSZE-Mission tat sich auch im Rahmen eines Projekts zur Förderung der Umsetzung der Aarhus-Konvention in Südosteuropa – wiederum im Rahmen der ENVSEC Initiative – mit den OSZE-Feldoperationen in Albanien, Montenegro und Serbien zusammen. Umweltexperten aus der ganzen Region

tauschten Informationen und Erfahrungen aus, um die Konvention in ihren Ländern besser zu fördern. Die Mission lud Gäste aus der Region kurz vor Jahresende zu zwei Seminaren in Bosnien und Herzegowina ein.

Im Rahmen dieses Projekts unterstützt die Mission Bosnien und Herzegowina bei der Erstellung des ersten nationalen Umsetzungsberichts zur Aarhus-Konvention, ein Gemeinschaftsunternehmen, an dem 30 Ministerien, Institutionen, Agenturen und Umwelt-NGOs beteiligt sind. Die Mission richtete eine allen zuständigen Ministerien zugängliche elektronische Datenbank ein, die über die bei der Erstellung des Berichts und allen Beiträgen zu Konsultationen der Öffentlichkeit zu befolgenden Verfahren informiert.

Zusammen mit der NGO MDP Inicijativa unterweist die Mission auch Bedienstete der Stadtverwaltungen in der Umsetzung der Konvention in die Praxis.

In Bosnien und Herzegowina gibt es derzeit noch kein Aarhus-Zentrum. In der Hoffnung, dem regionalen Netzwerk bald ein weiteres Aarhus-Zentrum hinzuzufügen zu können, wird die Mission 2012 das Interesse und die Nachhaltigkeit einer eingehenden Beurteilung unterziehen.

Alma Mirvić ist nationale Referentin für Planung und Koordination in der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina.

AARHUS-ZENTREN IN SERBIEN – PARTNER LOKALER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

von Olivera Zurovac-Kuzman, Srdjan Matović und Pavle Budinecević

Müllabfuhr, Trinkwasserversorgung und Kanalisation sind nur einige der Umweltangelegenheiten, die Bürger in ihrem täglichen Leben betreffen und von Städten bzw. Stadtverwaltungen gesetzlich geregelt werden. In Serbien sind die lokalen Gebietskörperschaften die Zielgruppe der Arbeit der zwei Aarhus-Zentren, die mit dem Beitritt des Landes zur Aarhus-Konvention im Jahr 2009 ihre Tätigkeit aufgenommen haben.

Als die Mission in Serbien Anfang 2010 im ganzen Land Seminare zur Förderung der Prinzipien der Aarhus-Konvention betreffend die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren in Umweltangelegenheiten abhielt, reagierten die Vertreter der Verwaltung in Kragujevac, der viertgrößten Stadt Serbiens, die ein wichtiges Industriezentrum ist, umgehend. Schon im April konnte die Stadt unter dem Dach der Abteilung für Umweltschutz das erste Aarhus-Zentrum Serbiens einrichten. Das Zentrum tat sich mit der OSZE-Mission zusammen, um andere Städte zu ähnlichen Maßnahmen zu ermutigen, und so wurde im Mai 2011 in der im Norden gelegenen Stadt Subotica ein zweites Aarhus-Zentrum eröffnet. Es ist der Open University Subotica angegliedert, arbeitet jedoch – ebenso wie das Zentrum in Kragujevac – eng mit der örtlichen Verwaltung zusammen. Die ➤

Bestandfähigkeit beider Zentren ist durch eine Finanzierung aus dem Haushalt der Stadt und dem staatlichen Umweltschutzfonds Serbiens gesichert.

In den der Einrichtung der Zentren vorausgehenden Gesprächen bestand die OSZE darauf, dass eine Finanzierung sichergestellt sein müsse, die gewährleistet, dass die Zentren keine Kurzzeitprojekte bleiben. Die Mission trat als Mitveranstalter der feierlichen Eröffnung auf, die sie ebenso finanzierte wie die Entwicklung von Websites und den Druck von Werbematerial. Nach wie vor berät und hilft sie den Zentren bei PR-Aktivitäten. Bei den Vorbereitungen für die Eröffnung eines dritten Aarhus-Zentrums in Novi Sad arbeitet sie derzeit eng mit Vertretern des Verwaltungsbezirks Süd-Backa zusammen.

Beide Aarhus-Zentren haben sich zu einem Treffpunkt entwickelt, wo Bürger mit der Stadtverwaltung in Umweltfragen Kontakt aufnehmen können. Als jüngstes Beispiel aus Subotica sei die Beschwerde eines Bewohners der Altstadt angeführt, der Vertreter des Zentrums darüber informierte, dass er und seine Nachbarn bei starken Regenfällen immer wieder mit demselben Problem konfrontiert seien. Die Kanalisation im betreffenden Stadtviertel ist in einem miserablen Zustand, Rohre sind teilweise geplatzt und Kanäle verstopft, sodass die Straßen bei Regen unter Wasser stehen, das mit Fäkalien verseucht ist. Zu diesem gravierenden Problem kam erschwerend hinzu, dass die Stadt darüber hinaus die Errichtung eines großen Parkhauses in derselben Straße geplant hatte. Die Anrainer befürchteten nun, die Stadt könnte das Parkhaus errichten, ohne zuvor die Kanalisation zu reparieren. Vertreter des Aarhus-Zentrums in Subotica nahmen Kontakt mit Suzana Dulić auf, die in der Stadtverwaltung für Umwelt- und Kommunalangelegenheiten zuständig ist. Sie setzte sich sofort mit den für die Kanalisation und die Errichtung des Parkhauses zuständigen öffentlichen Unternehmen in Verbindung, um mit ihnen gemeinsam eine Lösung für das Problem zu finden. „Die Sanierung der Kanalisation ist nun in der ersten Jahreshälfte 2012 geplant und erst danach wird die Parkgarage errichtet“, erläutert sie.

MUSTERGESETZE

Die vorschriftsmäßige Umsetzung der Aarhus-Konvention könnte – wenn die Rechte der Bürger auf Beteiligung an Entscheidungsverfahren gesetzlich abgesichert sind – in Zukunft verhindern, dass Probleme für die Bürger so akut werden, wie in der Altstadt von Subotica. Eine der ersten Aufgaben, die sich das Aarhus-Zentrum in Kragujevac vorgenommen hat, war die Ausarbeitung von Mustergesetzen für die örtliche Selbstverwaltung. Nach Angaben der örtlichen Behörden war das Haupthindernis

für die Umsetzung der Aarhus-Konvention das Fehlen von Verordnungen der örtlichen Behörden, die notwendig für die Umsetzung sind. Rechtsexperten des Aarhus-Zentrums und der OSZE-Mission in Serbien entwickelten gemeinsam zwei Musterbeschlüsse für die Stadtverwaltung – einen für die Umsetzung der drei Säulen der Konvention (Recht auf Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu den Gerichten), der zweite für die Einrichtung eines Umweltschutzzrats. Diese Musterbeschlüsse können in unterschiedlichen Fassungen eingesetzt werden, je nachdem, welche Befugnisse die serbischen Gesetze über lokale Selbstverwaltung der jeweiligen Stadt oder Stadtverwaltung einräumt.

Es ist dies das erste Mal, dass in Serbien ein derartiges Mustergesetz ausgearbeitet wurde. Im November 2010 wurde es den lokalen Selbstverwaltungsbehörden von der Ständigen Konferenz der Städte und Gemeinden offiziell empfohlen. Der Gemeinderat der Stadt Kragujevac verwendete sie als Vorlage für die im Dezember 2010 erlassenen Gesetze. Die Stadtverwaltung von Subotica hat ebenso wie andere Gemeinden Interesse geäußert.

Olivera Zurovac-Kuzman ist Umweltberaterin in der OSZE-Mission in Serbien. Srdjan Matović ist Leiter des Aarhus-Zentrums in Kragujevac. Pavle Budinecević ist Leiter des Aarhus-Zentrums in Subotica.



Nach der Ausrufung des serbischen Staates im Juni 2006 zieht der damalige Leiter der OSZE Mission in Serbien, Botschafter Hans Ola Urstad, die serbische Flagge vor dem Missionsgebäude in Belgrad auf. (OSZE/Milan Obradović)



Die OSZE-Mission in Serbien geht ins zweite Jahrzehnt

von Ivana Jovanović und Milos Bulj

Als am 16. März 2001 zum ersten Mal die OSZE-Flagge über der Mission in Serbien in Belgrad gehisst wurde, herrschte in den Straßen der Stadt eine ebenso hoffnungsvolle wie sorgenvolle Atmosphäre. Das Land hatte sich selbst von der Unterdrückung durch das Milosević-Regime befreit und hoffte auf einen raschen Übergang zur Demokratie. Doch die Herstellung von Sicherheit und Stabilität in der Region erschien angesichts eines Jahrzehnts blutiger Konflikte als ungeheure Herausforderung.

Am 16. Mai 2011 lud die OSZE-Mission Freunde und Partner ein, mit ihr den zehnten Jahrestag der Aufnahme ihrer Arbeit am 16. März 2001 zu feiern. Alle Ehrengäste stellten übereinstimmend fest, dass die Hoffnungen von damals nicht auf Sand gebaut waren. Die letzten zehn Jahre waren dann keineswegs einfach: angefangen von den Sicherheitsherausforderungen in Südserbien, der Auslieferung Milosević an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien im Jahr 2001, der Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjić 2003 bis hin zur Auflösung der Union Serbien und Montenegro im Jahr 2006. In all diesen Jahren hatte sich die Mission als Partner der Regierung und der Zivilgesellschaft des Gastgeberlandes unablässig bemüht, Lösungen für Sicherheitsfragen zu finden, die Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte zu fördern und gegen Extremismus, Diskriminierung, Menschenhandel und anderen Formen des organisierten Verbrechens zu vorgehen.

„Wenn man sich ansieht, wie sich die Programme unserer Mission im Laufe dieser Jahre geändert haben, wird deutlich, dass unser Mandat im Wesentlichen gleich geblieben ist, sich jedoch die Art und Durchführung unserer Hilfestellung und Beratung entwickelt hat“, erläuterte der Leiter der OSZE-Mission in Serbien, Botschafter Dimitrios Kypreos.

Heute sind es 170 Mitglieder aus rund 20 Ländern, die in der Mission im Hauptquartier in Belgrad, in der Außenstelle in Südserbien, in einer Schulungseinrichtung in Novi Pazar und im Polizeiausbildungszentrum in Sremksa Kamenica gemeinsam für die Umsetzung der Programme der Mission sorgen.

„Der Schutz der Sicherheit und Stabilität in Europa steht im Zentrum der OSZE-Philosophie. Hier in Serbien erleben wir, dass diese Vision so tiefgehend und positiv umgesetzt wird, wie kaum an einem anderen Ort“, meint Botschafter Kypreos.

SÜDSERBIEN

Ein Beispiel für die Synergie zwischen der Sicherheits- und Demokratisierungsagenda der Mission sind die Bemühungen in Südserbien.

Die Sicherheit und die Entwicklung in dieser explosiven, ethnisch durchmischten Region standen immer ganz oben auf der Agenda der OSZE-Mission in Serbien. Eine Podiumsdiskussion im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des zehnten Jahrestags gab den Architekten der



Podiumsdiskussion über die Stabilisierung von Südserbien anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der OSZE Mission in Serbien am 16. Mai 2011 in Belgrad. Von links nach rechts: Milan Marković, Leiter des Koordinierungsgremiums für Südserbien, Riza Halimi, Abgeordneter zur Nationalversammlung, Nebojsa Cović, ehemaliger Leiter des Koordinierungsgremiums und Stefano Sannino, ehemaliger Leiter der OSZE Mission in Serbien. (OSZE/Milan Obradović)



Polizeischüler und -schülerinnen aller Volksgruppen aus ganz Serbien werden ermutigt, sich für die Ausbildung an der Polizeischule in Sremsca Kamenica zu bewerben, damit der Polizeidienst in Serbien ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellt, der er dienen soll. Die OSZE Mission in Serbien leistete Hilfestellung beim Aufbau und der Modernisierung des Polizeiausbildungs-zentrums Sremsca Kamenica. (OSZE/Milan Obradović)

Hilfestellung, mit der die Mission die Institutionen in der Region unterstützt, Gelegenheit, ihre Arbeit der letzten zehn Jahre Revue passieren zu lassen.

„Als wir 2001 die Region zum ersten Mal besuchten, stießen wir überall auf Stacheldraht und auf Jugendliche, die mit einer Kalaschnikow herumliefen“, erinnert sich Botschafter Stefano Sannino, der die Mission von 2001 bis 2002 leitete und eine führende Rolle bei den internationalen Bemühungen zur Sicherung des Friedens in der Region spielte. Er erzählte, wie die Mission gemeinsam mit dem von den Belgrader Behörden zur Erleichterung des Dialogs, der gemeinsamen Planung und der Projektedurchführung eingesetzten Koordinierungsgremium für Südserbien und einheimischen Partnern die ersten Schritte zur Entmilitarisierung der Region und zur Entwaffnung der ehemaligen Kämpfer unternahm.

Damals war es schon eine große Leistung, das Übergreifen der Gewalt verhindert und den Frieden in der Region gesichert zu haben, wie sich Nebojsa Cović, der damalige Leiter des Koordinierungsgremiums, und Riza Halimi, Abgeordneter zur Nationalversammlung und einer der Anführer der im Süden lebenden ethnischen Albaner, übereinstimmend erinnerten. Halimi unterstrich, dass die Hilfe der OSZE beim Aufbau einer multiethnischen Polizei und der Ermächtigung der örtlichen Behörden ganz wesentlich dafür war, dass die Voraussetzungen für den Aufbau von Vertrauen zwischen den verschiedenen Volksgruppen geschaffen werden konnten. „Seit vielen Jahren gibt es keine schweren Zwischenfälle in der Region mehr“, stellte er fest.

Zehn Jahre später jedoch gibt es neue Sorgen, die kaum dazu geeignet sind, sich mit dem bisher Erreichten zufriedenzugeben. Explodierende Arbeitslosigkeit, fehlende Bildungsmöglichkeiten, Niedriglohnjobs, Betriebsschließungen und schlechter Zugang zu medizinischer Versorgung sind die sozialen Missstände, unter denen Südserbien heute zu leiden hat. Die Mehrheit der Jugendlichen ist verzweifelt auf der Suche nach Arbeit.

2009 strukturierte die serbische Regierung mit Unterstützung der Mission das Koordinierungsgremium um, dessen Schwerpunkt sie von der Sicherheitsbildung auf die Einbeziehung und Integration der ethnisch albanischen Bevölkerung verlagerte. Es entstanden sechs Arbeitsgruppen, die sich mit den praktischen

Modalitäten und der Erstellung langfristiger Aktionspläne befassen sollten. Nach Ansicht von Halimi ist noch einiges zu tun, ehe diese Gruppen wirklich etwas bewirken können.

Milan Marković, Minister Serbiens für öffentliche Verwaltung und lokale Selbstverwaltung und derzeit Vorsitzender des Koordinierungsgremiums, räumte ein, dass die Reformen nur langsam vorankommen, wies jedoch auf einen positiven neuen Ton in der politischen Rhetorik und ein größeres Engagement aller Akteure hin, sich der praktischen Alltagsprobleme anzunehmen, die den Menschen in der Region das Leben schwermachen. „Bis 2008 waren diese [Entwicklungs-] Fragen kein Thema, alles stand ganz im Zeichen der allgemeinen [Sicherheits-] Diskussionen“, merkte er an. Er wies aber auch auf – wengleich langsame – Fortschritte hin: 2009 eröffnete die serbische Regierung in Medvedja die mehrsprachige Rechts- und Wirtschaftsfakultät der Universität Niš und prüft derzeit Optionen für die Einrichtung einer Fakultät in Bujanovac. Das Koordinierungsgremium wird auch das bestehende Gesundheitszentrum in Bujanovac umstrukturieren, um in dieser Stadt eine geburtshilfliche Abteilung eröffnen zu können.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Alle Teilnehmer an der Podiumsdiskussion waren sich jedoch darin einig, dass die Schaffung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum die größte Herausforderung für die Sicherheit in der Region darstelle. Die gesamte Wirtschaft Serbiens liegt darnieder und daher ist es schwer, langfristige Investitionen in die Region zu bringen. Cović, der heute ein erfolgreicher Geschäftsmann ist, sieht Potenzial in der Forstwirtschaft, im Fremdenverkehr und in der verarbeitenden Industrie. Die Voraussetzung für alle Investitionen ist jedoch ein harmonisches Verhältnis zwischen den Volksgruppen in Südserbien.

„Kein Tourist hat Lust, von seinem Hotel aus zu sehen, wie auf der anderen Seite der Straße Menschen aufeinander losgehen“, merkt er an. „Alle, Vertreter der zentralen wie der örtlichen Verwaltung und der internationalen Gemeinschaft, müssen sich zusammensetzen, um gemeinsam Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme zu finden“.

ARBEIT DER OSZE NACH WIE VOR BAHNBRECHEND

Die Arbeit der OSZE-Mission im südlichen Serbien weist alle Merkmale des OSZE-Sicherheitsansatzes auf: Sie ist eine einzigartige Kombination aus Frühwarnung, dem Einsatz der guten Dienste ihrer politischen Akteure und dem Aufbau von Kapazitäten mithilfe ihrer Programmaktivitäten. Auf der Grundlage des Konzepts der menschlichen Sicherheit haben die ursprünglichen Stabilisierungsbemühungen heute dem Bemühen um die Minderheiten-einbindung und eine institutionelle Reform Platz gemacht, immer in der Hoffnung, dass lokale Akteure – Regierung, Zivilgesellschaft und Medien – gemeinsam die Reformen weiterführen und damit dauerhafte Sicherheit und nachhaltigen Wohlstand in das Gebiet bringen werden.

Als die OSZE-Mission der damaligen Föderativen Republik Jugoslawien mit ihrem Kernmandat, den Behörden und der Zivilgesellschaft des Gastlandes mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ihre Pforten öffnete, war das ein Wendepunkt in der Geschichte Serbiens. Oder, wie es der serbische Außenminister Vuk Jeremić formulierte: „Mit dem Beginn der OSZE-Mission 2001 begann Serbien wieder in die internationalen Institutionen zurückzukehren.“

Heute ist Serbien auf dem Weg, sein erklärtes Ziel, den Beitritt zur Europäischen Union, zu erreichen; die Mission leistet dabei nach wie vor politische und programmatische Hilfestellung. Die Partnerschaft lebt.

Ivana Jovanović ist Erste Assistentin für Presse und Politik, Milos Bulj ist Programmassistent in der OSZE-Mission in Serbien.

Leiter der OSZE-Mission in Serbien:

Dimitrios Kypreos aus Griechenland, seit September 2009

Hans Ola Urstad aus Norwegen (2006-2009)

Maurizio Massari aus Italien (2001-2002)

Weitere Informationen zu den Aktivitäten der OSZE-Mission in Serbien finden Sie unter www.osce.org/serbia.

OSZE Neubestellungen



(OSZE/SARAH CROZIER)

Am 1. Juli 2011 trat Lamberto Zannier aus Italien sein Amt als OSZE-Generalsekretär an. Botschafter Zannier ist Berufsdiplomat und war zuletzt von 2008 bis 2011 Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo. Von 2002 bis 2006 war er Direktor des Konfliktverhütungszentrums der OSZE. Zuvor hatte er unter anderem folgende leitende Positionen inne: Ständiger Vertreter Italiens im Exekutivrat der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag (2000-2002), Vorsitzender der Verhandlungen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (1997-2000) und von 1991 bis 1997 Leiter der Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperativen Sicherheit der NATO. Er ist promovierter Jurist.



(OSZE/IZENAN BUDAZIĆ)

Fletcher Burton aus den Vereinigten Staaten von Amerika übernahm am 29. August 2011 die Leitung der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina. Zuletzt leitete der Berufsdiplomat das Provincial Reconstruction Team (PRT) der Vereinigten Staaten in Kirkuk (Irak). Burton verfügt über umfangreiche Balkanerfahrungen. Von 1995 bis 1996, in der Zeit der Friedensverhandlungen von Dayton, war er Stellvertretender Missionsleiter an der Botschaft der Vereinigten Staaten in Sarajewo. Von 2008 bis 2010 war er im Kosovo als Stellvertretender internationaler ziviler Beauftragter im International Civilian Office und von 2001 bis 2002 im Büro der Vereinigten Staaten in Priština tätig. Weitere Auslandseinsätze führten ihn nach Afghanistan, Deutschland und Saudi Arabien.



(OSZE/RASHAD HUSEYNOV)

Koray Targay aus der Türkei übernahm mit 15. August 2011 die Leitung des OSZE-Büros in Baku. Botschafter Targay ist Berufsdiplomat mit Erfahrung in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Zivilluftfahrt und konsularischen Angelegenheiten. Von 2007 bis 2011 war er Botschafter in der Tschechischen Republik, von 2004 bis 2007 Koordinator für Afghanistan, den Irak und den Libanon, von 1999 bis 2004 Botschafter in Malaysia und von 1994 bis 1996 Generalkonsul in Thessaloniki. Andere Auslandsverwendungen führten ihn in die Schweiz, nach Syrien, Deutschland und Griechenland. Targay hat einen Universitätsabschluss in Politikwissenschaft und Jura.



(WOLFGANG VOGHUBER)

Ilze Brands Kehris mit schwedisch-lettischer Staatsangehörigkeit ist seit 17. Februar 2011 Direktorin im Büro des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten. Mit dem Fachgebiet Politologie ist sie national und international im Bereich nationale Minderheitenrechte und Menschenrechte tätig. Brands Kehris ist Vorsitzende des Verwaltungsrats der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, dem sie seit Gründung der Institution im Jahr 2007 angehört. Sie war von 2004 bis 2007 stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und von Juni 2006 bis Juni 2010 Erste Vizepräsidentin des Beratenden Ausschusses des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten. Von 2002 bis 2011 leitete sie das lettische Zentrum für Menschenrechte.



(GORPETROV)

Andrej Richter aus der Russischen Föderation übernahm am 1. Juli 2011 die Funktion des Direktors des Büros der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Ehe er nach Wien kam, war er in Moskau, wo er das Institut für Medienrecht und -politik gründete, dessen erster Direktor er auch war. Er ist Professor für Medienrecht an der Fakultät für Journalismus der Moskauer Staatlichen Universität Lomonossow und Autor zahlreicher Bücher und Artikel zum Thema Medienrecht und -politik in Russland, in der Ukraine und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Richter ist Mitglied der Internationalen Juristenkommission. Er hat ein Doktorat in Journalismus und Studienabschlüsse in Jura und englischer Literatur.



(OSZE/NATHAN PERFECT)

Der Kanadier Ian Mitchell trat am 4. Juli 2011 seine Position als Leiter der externen Zusammenarbeit im OSZE-Sekretariat an. Zuletzt war Mitchell in Jerusalem als Leiter des Sekretariats der Beratenden Kommission in der Abteilung für externe Beziehungen und Kommunikation des UNO-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) tätig. Davor arbeitete er im OSZE-Sekretariat als Erster Berater für Strategie und Planung im Büro des Generalsekretärs. Er war auch in leitenden Positionen in vielen Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR der OSZE, der UNO und anderer Organisationen tätig und arbeitete für Friedenseinsätze der Vereinten Nationen und des UNHCR. Er hat umfassende Erfahrungen als Managementkonsultent in zahlreichen Bereichen der Privatwirtschaft aufzuweisen und ein Doktorat in Internationaler Politik.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist in 56 Staaten aktiv, um durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praxisbezogene Arbeit Stabilität, Wohlstand und Demokratie zu fördern und auf diesem Wege nachhaltige Verbesserungen zu bewirken.

osce.org/publications
e-mail: oscemagazine@osce.org

OSZE Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit in Europa